

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. find an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Wem gilt der Ruf?

Wem gilt der Ruf zu neuem Leben?
Begeistert schallt es durch das Land.
Es blüht ein hoffnungsvolles Streben,
Wo dieser Ruf ein Echo fand.
Reißt euch die Hände,
Erneuert den Schwur!
Es sei die Zwietracht nun zu Ende,
Es winkt das Recht uns einig nur!

Treu schlägt das Herz, in Freud' und Weide,
Für's festgeerntete Vaterland.
Die Geister eint, ein Wehr dem Reibe,
Der Ueberzeugung heilig Band:
Frei für die Wahrheit
Und frei für das Recht.
So weicht das Dunkel lichter Klarheit
Es reißt heran ein hart Geschlecht.

Wag' Sug und Trag' sich nutzlos plagen;
Zu kreuzen feindlich uns're Bahn.
Das, was wir wollen, was wir wagen,
Entspringt der Pflicht, nicht leerem Wah'n.
Fest und entschlossen,
Geemigt und treu!
So klagt die Losung unerbrossen;
So wird die Arbeit gnädig frei.

Th. Brauer,

Arbeitsvermittlung.

Ein Bedürfnis für Einrichtungen zum Zwecke der Arbeitsvermittlung bestand schon vor Jahrhunderten. Das sagt uns die Wirtschaftsgeschichte. In der Zeit des mittelalterlichen Kunstwesens finden wir die Arbeitsvermittlung in den Kunststuden der Bruderschaften und Innungen, oder in den Herbergen der Gesellen. Auch in der neuzeitlichen Gesellegen, in den Handwerkerherbergen, finden sich Bestimmungen, welche herkommungsgemäß den Innungen die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis als fakultative Aufgabe zuweisen. Aus alten Herbergstatuten von Meisterinnungen ist zu ersehen, daß mit dem Herbergswesen stets auch der Arbeitsnachweis verbunden war. Das Herbergswesen wurde zumeist gemeinsam von Meistern und Gesellen geführt. In einem uns vorliegenden Statut heißt es diesbezüglich: Die Meister-Innung unterhält von jeher ein Herbergswesen (Arbeitsnachweis) und ist alleiniges Eigentum derselben; hierzu ist ein Herbergswesen eingeschrieben, der aus 10 Mann (6 Innungsmeistern und 4 Gesellen des Gesellen-Innungsvereins) und dem von der Meister-Innung aufgestellten Einbringmeister als Vorsitzenden besteht. Das Herbergswesen wird gemeinsam von Seite der Meister-Innung wie von dem Gesellen-Innungsverein geleitet und gepflegt. Das Herbergswesen hat den Zweck, den Arbeitsnachweis zu vermitteln. Die Mitglieder des Gesellenvereins werden beim Arbeitsnachweis bevorzugt. Im übrigen wird dem Herbergswesen durch das Statut eine strenge Unparteilichkeit bei Ausübung der Arbeitsvermittlung zur Pflicht gemacht.

Als das Innungswesen zerfiel und ihm die gesetzlichen Unterlagen entzogen wurden, verblieb die Arbeitsvermittlung in den Privat-Herbergen. Nebenher kam jedoch das sogenannte Umschauen, die Nachfrage nach Arbeit beim Meister in der Werkstatt, immer mehr in Uebung. Die hierbei gebräuchlichen Kunstsprüche haben sich zum Teil bis auf die heutigen Tage erhalten. Ein Schlosser z. B. bleibt nach dem Eintritt in die Werkstatt an der Thür stehen und spricht die Worte: „Fremder Schlosser.“ Auf die fragende Gegenrede des Meisters erwidert er sodann: „Ein Stiel davon!“ Nun weiß der Meister, daß es sich um einen „sinnfälligen“ Gesellen handelt; er bekommt Arbeit oder ein Geschenk. Der Schmiedegeselle tritt beim Umschauen stumm vor den Ambos und spricht: „Gott grüß' Euch, Meister und Gesellen.“ So hatte und hat teilweise heute noch jedes Gewerbe einen eigenen, beim Umschauen gebrauchten Spruch. Jeder Wanderbursche ist in der Lage eine Reihe dieser Kunstsprüche kennen zu lernen. Das Stromertum machte sich diesen Umstand recht zu Nutzen und versuchte, selbst mit Hilfe falscher Papiere, das Umschauen zu einer ziemlich ergiebigen Einnahmequelle zu machen. In manchen Orten wurde deshalb das Umschauen polizeilich verboten und der Arbeitsnachweis von den Polizeibehörden in Händen genommen. Die Polizeiamter erwiesen sich aber als wenig geeignet für die Arbeits-

vermittlung. Der Wanderbursche oder Arbeitsuchende kommt nicht gerne mit diesen Behörden in Berührung, die oft Zwangs-Arbeitsaufträge erteilen, oder doch Kleinigkeiten halber Anstände erheben. Die Arbeitsuchenden benützen aus diesen Gründen die polizeilichen Arbeitsnachweise nicht oder nur im äußersten Notfalle. Die Arbeitgeber aber konnten sich deshalb auf diese Arbeitsnachweise nicht verlassen. Insbesondere auch nicht aus dem Grunde, weil ihre Führung eine sachkundige nicht war und ist, die allein eine richtige Auswahl unter den Arbeitsuchenden zu treffen vermag. — Die

private, gewerbmäßige Arbeits- und Stellenvermittlung

war auch nicht danach, als daß sie die Mängel auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises hätte zu beheben vermögen; diese wurden durch sie sogar vielfach noch verschärft. Die Stellenvermittler waren und sind zumeist Geschäftsleute, die zunächst auf sich selbst und darauf sehen, daß sie verdienen. So wurde die Stellenvermittlung vielfach zu einem schmutzigen Geschäft, das dem Unternehmer auf Kosten der Arbeitslosen Geld und Gewinn einbringen mußte. Durch betrügerische Manipulationen ist dem Arbeitslosen und Stellenuchenden oft der letzte Spargroschen aus der Tasche gezogen worden, ohne daß er eine Stelle erhielt. Im besten Falle wurde dem Stellenuchenden „nur“ eine hohe Vermittlergebühr abgenommen, selbst bei Vermittlung einer notorisch schlechten Stelle. Nach einer amtlichen Erhebung der bayerischen Regierung im Jahre 1895 gab es damals 1315 Arbeitsnachweiskeitellen, darunter waren 877 oder 66,7 Prozent solche, welche gewerbmäßig betrieben wurden, davon die meisten in den großen Städten. Die Enquete ergab, daß von den gewerbmäßigen Stellenvermittlern vielfach zu hohe, von einem Teil der Arbeitsuchenden kaum erschwingbare Gebühren verlangt wurden. Bei der Reichs-Enquete über die Verhältnisse des Personals im Wirtschaftsgewerbe wurde festgestellt, daß an Vermittlungsgebühren durchschnittlich 2 bis 10 Mark pro Stelle bezahlt werden mußten, oft auch 20, ja 50 Mark. Sogar für Lehrlinge kamen Gebühren bis zu 5 Mark vor.

Das Arbeits- und Stellensuchen auf dem Zeitungsweg ist ebenfalls mit oft nicht geringen Kosten verbunden, ohne die Gewähr für irgend welchen Erfolg zu bieten. Es wurde ausgerechnet, daß in einer einzigen großen Stadt Süddeutschlands jährlich mehr als 100 000 Mark für Stelleninserate ausgegeben werden, wovon etwa die Hälfte dieses Betrages von Arbeitern und Diensthöfen getragen werden. Dazu kommen Postgebühren, Zeitverluste durch Kaufleute und anderes. Dennoch ist nicht zu erwarten, daß diese Art Stellenvermittlung jemals ganz eingeht, weil manche Arbeitgeber durch diese Art Klama für ihr Geschäft zu machen suchen.

Arbeitsvermittlung durch Berufs-Organisationen.

Das Auffuchen von Arbeit durch Umschauen hat für die Arbeitgeber Belästigungen im Gefolge und erniedrigt den Arbeitsuchenden gewissermaßen zum Bettler. Die private Stellenvermittlung, ganz abgesehen von ihrer Unzulänglichkeit, belastet die ohnehin Vermissten der Armen, die Arbeitslosen, mit Abgaben und überantwortet sie vielfach gewissen sittlichen und moralischen Gefahren. Diese Unvollkommenheiten und Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zu beheben, bemüht sich seit langem all die verschiedenen Arbeiter- und Berufsvereine im Interesse der Arbeiterschaft. Gesellen- und Arbeitervereine errichteten Arbeitsnachweise zwecks unentgeltlicher Arbeitsvermittlung. Sie haben manch Gutes geleistet und manchen Arbeiter vor Schaden bewahrt. In einer größeren Bedeutung sind die wenigsten dieser Arbeitsnachweise gelangt, da sie einestells nur für lokale Verhältnisse eingerichtet werden konnten, oder doch nur für einen, oder wenn auch für mehrere Berufe Arbeitsvermittlung konnten. Wo es ging, wurden diese Vermittlungsstellen von den Arbeitgebern ignoriert, vielfach auch ganz entschieden bekämpft. Die Bedeutung, welche dem Arbeitsnachweis beim Abschluß und der Erfüllung des Arbeitsvertrags zukommt, war von den Arbeitgebern ebenfalls erkannt worden. Sie gingen daher dazu über, eigene Arbeitsnachweiskeitellen zu gründen, die wiederum bei den Arbeitnehmern wenig Sympathie fanden und auch jetzt noch nicht finden.

Um den Streit über den Arbeitsnachweis aus dem Wege zu räumen, eine einheitliche, unparteiliche, unentgeltliche Arbeitsvermittlung herbeizuführen, machten Sozialpolitiker und Arbeitervertreter Vorschläge auf Errichtung von staatlichen oder gemeindlichen Arbeitsnachweiskeitellen.

Ungefähr um die gleiche Zeit setzte eine gleichlaufende Bewegung zugunsten solcher Arbeitsnachweise in Stuttgart und München ein. In Stuttgart war es das Gewerbegericht, welches auf Veranlassung seines damaligen Vorsitzenden, Oberamtsrichter Lautenschläger, im Jahre 1893 den Antrag auf Errichtung einer städtischen Arbeitsnachweiskeitelle stellte. Ein Jahr später wurde aus Stuttgart gemeldet: Die seit Jahr und Tag auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung hervorgetretenen Mißstände haben bei dem Stadtrat von Stuttgart nunmehr den Plan zur Reife gebracht, auf Kosten der Stadt ein Arbeitsamt ins Leben zu rufen. Man hat erkannt, daß beim sogenannten Umschauen nach Arbeit die Gefahr darin liegt, daß dasselbe zum Bettel- und Stromertum führt und eine Belästigung der Arbeitgeber mit sich bringt. Bei den privaten Vermittlungsanstalten sind die Arbeiter sehr oft einer Ausbeutung ausgesetzt, die zuweilen ins Maßlose geht. Es ist nun beabsichtigt, ein Arbeitsamt mit einer männlichen und einer weiblichen Abteilung unter der Aufsicht und Leitung einer Kommission von 15 Mitgliedern zu errichten. Den Vorsitz hat der Gewerbeichter. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Wenn keine Arbeit vorhanden, so wird einer Anzahl von Leuten von der Stadt Beschäftigung gegeben. Erst wenn die städtischen Ämter keine Arbeit mehr haben, tritt eine Unterstützung seitens der Armenbehörden etc. ein.“ 1895 ist das städtische Arbeitsamt Stuttgart in Kraft getreten, nachdem dort vorher, seit dem Jahre 1865, ein von einem gemeinnützigen Verein gegründeter Arbeitsnachweis mit gutem Erfolg geführt worden war.

Arbeiterbewegung und Arbeitsnachweise In München waren es die katholischen Arbeitervereine, welche für den Gedanken, paritätische kommunale Arbeitsnachweise zu errichten, Propaganda machten. Im Jahre 1893 richtete der Arbeiterparlamentarier der Zentrumspartei in München an den Magistrat der Stadt eine Resolution, in welcher die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes verlangt wurde. Die die Ausgestaltung und die Aufgaben dieses Amtes gebacht waren, geht aus einer Auslassung des Organs der katholischen Arbeitervereine Münchens, „Der Arbeiter“ hervor. Dieser schrie in seiner Nummer 9 vom Jahre 1894, daß die Arbeitsvermittlung zu einer gemeindlichen Institution gemacht werden müsse. Diese soll dann nach und nach zu einem Arbeitsamt ausgebaut werden, dem außer der Arbeitsvermittlung die Aufstellung von Statistiken über Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Verhältnisse, Arbeitslosigkeit und Herbergswesen, sowie Unfallversicherung über Franken-, Unfall- und Altersversicherung übertragen werden sollte.

Das Vorgehen der christlich-organisierten Arbeiterschaft blieb nicht ohne Erfolg. Die Frage wurde in den gemeindlichen Körperschaften aufgegriffen und 1894 eine Kommissionskommission eingesetzt, an der Mitglieder des Magistrats und des Gemeindevorstandes, Arbeitgeber und Arbeiter vertreten waren. Von der christlichen Arbeiterschaft waren dabei beteiligt die Kollegen Schlosser Schirmer und Schriftfeger Böbel; von den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern u. a. Herr Danguillier. Der letztere war es auch, der, entgegen dem Geschehnel in der sozialdemokratischen Presse in einer öffentlichen Versammlung 1895 anerkannte, daß die Idee, öffentliche und unparteiliche Arbeitsnachweise zu errichten, von der christlichen Arbeiterschaft ausging. Danguillier sagte in jener Versammlung, in der man sich mit dem Arbeitsnachweis befaßte: Die Idee, kommunale Arbeitsnachweise zu errichten, sei keine sozialistische, sondern sei von katholischen Arbeitervereinen schon viel früher aufgegriffen worden. Bei dieser Gelegenheit wurde von ihm auch das Vorgehen und Verhalten des Arbeiterwahlvereins lobend anerkannt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben lange Zeit die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweiskeitellen abgelehnt. Noch auf dem zweiten Gewerkschaftskongress, im Mai 1896 zu Berlin, wurde eine Resolution angenommen, in welcher u. a. gesagt wird: „Der Einfluß des Kapitals auf die Kommunalverwaltung ist heute noch ein so großer, die Einwirkung auf die Verwaltung in kommunalen Angelegenheiten eine so geringe, daß bei allgemeiner Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise diese nur den Interessen des Kapitals dienen werden.“ Es ist ein Fortschritt, von der Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes zu erwarten. Der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands warnt deshalb die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment auf einer anderen Grundlage als der alleinigen Leitung von Arbeitsnachweiskeitellen durch die Organisation der Arbeiter.“

Inzwischen haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften auch in dieser Frage gemindert. Schon auf dem dritten Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. 1899 wurde der Berliner Beschluß bekräftigt und eine ein-

Lebende Resolution gefaßt. Sie stellen sich nun auf den Standpunkt, den christliche Arbeiterführer vor mehr als 15 Jahren schon eingenommen haben.

Das Münchener Arbeitsamt

Das inzwischen zum Muster aller städtischen Arbeitsnachweise gewordene Arbeitsamt München trat 1895 ins Leben. Aus dem Statut dieses Amtes sollen hier die hauptsächlichsten Bestimmungen wiedergegeben werden:

§ 1. Das Arbeitsamt der Stadt München hat den Zweck: 1. zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern (gewerblichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln; 2. in allen die Arbeiter und Arbeitsverhältnissen berührenden Fragen tünlichst Auskunft zu erteilen. Das Arbeitsamt ist weiter verpflichtet, dem städtischen statistischen Bureau zum Zwecke der Statistik über die Bewegungen des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die gewünschten Mitteilungen zu machen.

§ 2. Das Arbeitsamt steht unter der Oberaufsicht des Magistrats sowie unter der Leitung und der Aufsicht einer Kommission. Dieselbe besteht aus einem Vorsitzenden und sechs Mitgliedern sowie vier Stellvertretern. Vorsitzender ist der Vorsitzende, in dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder der Kommission werden von den Vorstehern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt und zwar werden von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je drei Mitglieder und je zwei Stellvertreter gewählt. Die Mitglieder der Kommission erhalten für jede Sitzung eine Entschädigung.

Das Arbeitsamt besteht aus einer männlichen und einer weiblichen Abteilung. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Die Kosten trägt die Stadt München. Bei der Beratung des Statuts spielte eine wichtige Rolle die Frage, wie sich das Arbeitsamt in Streitfällen zu verhalten habe. Im Streite der Meinungen einigte man sich schließlich auf einen Vermittlungsvorschlag des Oberbürgermeisters von Vorsch. Daran wurde in das Statut ein § 11 aufgenommen, der bestimmt:

Bei Arbeitsauseinandersetzungen hat die Kommission sobald sie zu ihrer Kenntnis gelangen, sofort den Beteiligten eine kurz bemessene Frist vorzusetzen, binnen welcher dieselben das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen haben. Wenn letzteres nicht geschieht, oder wenn ein Schiedspruch nicht zustande kommt, oder wenn sich die Beteiligten dem Schiedspruch nicht unterwerfen, hat die Kommission darüber zu beschließen, ob das Arbeitsamt seine Tätigkeit fortsetzt oder nicht. Bei Ausperrungen hat das Arbeitsamt für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Geschäftszweig seine Tätigkeit einzustellen und zugleich den Beteiligten eine kurz bemessene Frist vorzusetzen, binnen welcher dieselben das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen haben. Wenn letzteres nicht geschieht, oder wenn ein Schiedspruch nicht zustande kommt, oder wenn sich die Beteiligten dem Schiedspruch nicht unterwerfen, hat die Kommission darüber zu beschließen, ob das Arbeitsamt seine Tätigkeit fortsetzt oder nicht.

Die rein kommunalen oder mit Hilfe kommunaler Mittel geführten Arbeitsnachweise haben sich im Laufe der Jahre über ganz Deutschland verbreitet. Es sind an die Tausend solcher Vermittlungsstellen errichtet, die meist ganz unentgeltlich Monat für Monat 150 000 bis 200 000 Stellen an Arbeiter und Dienstboten vermitteln und so eine wichtige soziale Aufgabe segensreich erfüllen. E. R.

Die Geschäftslage in der Eisenindustrie

schlecht allmählich doch wieder bessern Zeiten entgegenzugehen. Die „Rheinisch Westfälische Zeitung“ hat bei einer Anzahl von Kartellen und großen Werken der Eisen- und Stahlindustrie eine Umfrage veranstaltet, um auch die führenden Männer der Eisen-

großindustrie selbst über die augenblickliche Wirtschaftslage zu Worte kommen zu lassen. In ihrer Nr. 945 vom 30. August veröffentlicht die genannte Zeitung sechs der bis dahin eingelaufenen Antworten, denen wir folgendes entnehmen:

Ein Verband schreibt: „Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 25. d. Mts. gestatten wir uns zu erwidern, daß das Jahresergebnis des Eisen- und Stahlwerkes Hoehls doch wohl eine Ausnahme unter den deutschen Werken bilden dürfte, und daß bei diesem Werke wohl besondere Verhältnisse die Ursache sein werden, daß es im Gegensatz zu den anderen Werken den gleichen Gewinn erzielt hat, wie im vorangegangenen Geschäftsjahre. Bei allen übrigen Werken wird nach unserer Ueberzeugung ein wesentlicher Rückgang im Gewinn zu verzeichnen sein. Es ist zweifellos in der letzten Zeit eine Belebung des Geschäfts eingetreten, und wir haben die Hoffnung, daß sie weitere Fortschritte macht. Immerhin möchten wir vor einem allzu großen Optimismus warnen, damit die Entwicklung eine stetig fortschreitende bleibt.“

Eines der größten gemischten Werke äußert sich wie folgt: „Ihrem Wunsche um Aeußerung zur gegenwärtigen Marktlage will ich mit einer kurzen Mitteilung gern nachkommen. Ueber den Stand der Geschäfte beim Stahlwerkverband hat dieser kürzlich noch selbst berichtet. Was die übrigen Walzzeugnisse betrifft, so ist das Geschäft seit kurzem recht lebhaft, besonders in Stabeisen und Blechen, und es besteht bei der Kundschaft die Neigung, Abschlüsse auf längere Zeit zu betätigen. — Sind so die Aussichten für eine Zunahme der Beschäftigung recht günstig, so ist leider eine Preisbesserung nicht festzustellen; selbst für nächstjährige Abschlüsse bewilligt die Kundschaft nur ungerne höhere Preise. Hoffentlich gibt die Vereinbarung der Süddeutschen Werke über Festsetzung eines, wenn auch niedrig bemessenen Mindestpreises für Stabeisen den Anstoß zu einer weiteren Verständigung der Werke in den wichtigsten Erzeugnissen; andernfalls ist nicht abzusehen, wie lange es dauern wird, bis bessere Preise erzielt werden. Die Preisvereinbarung der Drahtwerke hat nach allem, was bisher bekannt geworden ist, einen guten Erfolg gehabt.“

In „Der Jurist“ wird dann auf die finanziellen Ergebnisse der Werke hingewiesen und zum Schluß gesagt: „Endlich nötig auch die schlechte Zeit dazu, die Betriebskosten nach Möglichkeit herabzusetzen, namentlich eine Verminderung der Löhne bei den Hüttenwerken des Rheinisch-Westfälischen Bezirks noch nicht stattgefunden hat.“

(Ueber die letztere Behauptung werden sich die von Bohm- und Aktorabzügen sowie sonstigen Verschlechterungen betroffenen Hüttenarbeiter nicht wenig wundern. Mögen vielleicht auch einzelne seltene Ausnahmen vorhanden sein, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Mehrzahl der rheinisch-westfälischen Hüttenarbeiter infolge der Krise eine Verminderung ihres Einkommens zu verzeichnen haben, die dort umso erheblicher war, wo die Hüttenarbeiter der Organisation fernstanden. Red. „Der deutsche Metallarbeiter“.)

Ein gemischtes Werk, dessen Aktien nicht an der Börse gehandelt werden, gibt kurz folgende Auskunft: „Die Marktverhältnisse scheinen einer Besserung entgegen zu gehen, denn es ist in der letzten Zeit sowohl eine regere Kaufkraft bei annehmbaren Preisen als auch ein lebhafter Abtrieb der laufenden Abschlüsse festzustellen.“

In gleicher Weise äußert sich ein bekannter Großindustrieller: „Auf Ihre gefl. Rundschreiben vom 25. er. gestatte ich mir zu erwidern, daß wir auf unseren Werken in allen Betrieben befriedigend beschäftigt sind und daß sich insbesondere in den letzten Tagen eine erfreuliche Kaufkraft bemerkbar macht, von der man voraussichtlich hoffen darf, daß sie die überaus schlechten Preise ausbessern und den Werken wieder einen auskömmlichen Erlös sichern wird.“

Aus Lothringen liegt folgende Aeußerung vor: „Ich bebaure lebhaft, nicht in der Lage zu sein, irgend

eine positive Ansicht zu äußern. Die Jahresresultate der Hüttenwerke, die bisher veröffentlicht wurden, haben mich teilweise ebenso überrascht, wie die breite Dessenlichkeit überrascht wurde. Es wird sorgfältig zu prüfen sein, ob und welche Unterschiede zwischen Jahresresultaten von Werken mit eigenen Kohlen und Stolz und solchen ohne Kohlen und Stolz bestehen. Ferner sind Abschreibungs- u. s. w. Posten genau mit den Vorjahren zu vergleichen. Aber auch dann ist das Bild noch kein klares, da die versteckten Reserven untreulich bei den einzelnen Werken sehr herangezogen wurden, um ein Resultat zu fristieren. Der ausgesprochene Optimismus der Börse scheint mir ganz und gar nicht gerechtfertigt. Wenn auch die Beschäftigung der Werke in A- und B-Produkten langsam zunimmt, so ist von einer merklichen Preisbesserung vorläufig noch keine Rede. Daß der seit Jahr und Tag, von Monat zu Monat wiederholt „überwundene Tiefpunkt“ nunmehr wirklich überwunden ist, muß erst noch abgewartet werden. Nur die Tatsache scheint zu bestehen, daß es schlechter wie in den abgelaufenen Monaten nicht mehr gut werden kann. Vielleicht stimuliert der bevorstehende Wille zur Saarförderung, den die Börse zeigt, aber doch schließlich das Gesamtgeschäft und liegt hierin der Anfang zur Besserung.“

Optimistischer äußert sich der Direktor eines alten Saarförderungswerkes: „Die überraschend guten Dividendenresultate einzelner Werke liegen m. E. zum großen Teil an der von den Verwaltungen seit Jahren geübten gesunden Dividendenpolitik. Daraus Schlüsse auf die allgemeine Geschäftslage zu ziehen, wäre verfehlt. Die Beschäftigung in Produkten A läßt nach wie vor sehr viel zu wünschen übrig. Die Verjandzahlen des Stahlwerkverbandes lassen das deutlich erkennen. . . . Man darf aber erwarten, daß das nächste Frühjahr einen Umschwung mit sich bringt, da die auf allen Seiten so lange geliebte Zurückhaltung aufhören wird, wenn durch die in Aussicht stehende vermehrte Bautätigkeit größerer Bedarf eintritt. Bei dem wichtigsten Artikel der Produkte B, d. i. Stabeisen, liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger. . . . Auch in Walzdraht ist der Absatz ständig gestiegen von 459 000 T. im Jahre 1905/06 auf 655 000 T. im Jahre 1908/09. Im Gegensatz zu den Produkten A ist hier also eine ganz befriedigende Entwicklung des Absatzes zu verzeichnen und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der im Frühjahr zu erwartende Umschwung nicht nur eine weitere Absatzsteigerung herbeiführen wird, sondern auch besonders für Stabeisen die dringende nötige Besserung der für viele Werke verlustbringenden Preise. Schon jetzt ist der Handel bestrebt, seinen Bedarf auf möglichst weite Termine zu decken, da er der Meinung ist, daß die Preise ihren Tiefpunkt erreicht haben. Die Werke werden aber kaum große Geneigtheit haben, diesen Wünschen nachzukommen. Es erweist sich die bessere Geschäftslage im Auslande hinzuweisen, besonders Amerika, wo die Roheisenproduktion im letzten Monat die alte Höhe wieder erreicht hat.“

Die Lage der Eisenkonstruktionswerkstätten wird in der Zeitschrift eines Fachmannes in einer späteren Nummer der genannten Zeitung (954 vom 2. Sept.) weniger günstig dargestellt. Der betz. Eisenarbeiter Summa summarum: „Die Lage der Eisenkonstruktionswerkstätten ist eine recht schlechte und die von sehr vielen Blättern in der Dessenlichkeit hinausposaunte Belebung des Eisenmarktes ist bis jetzt spurlos an ihnen vorübergegangen. Es bleibt zu hoffen, daß sie den Winter über sich durchschlagen werden und daß im Frühjahr wirklich eine Belebung des Geschäftes eintreten wird.“

Wenn man als Arbeiter die Aeußerungen der Unternehmer auch mit gebührender Vorsicht aufnehmen muß, wie die Behauptung bezüglich der unverminderten Löhne der Hüttenarbeiter ja aufs neue zeigt, so ist doch eine Wiederbelebung der Wirtschaftslage aus vorstehenden Darlegungen unverkennbar. Uebereinstimmend wird eine erhebliche Aufwärtsbewegung der Konjunktur aber erst für das kommende Frühjahr in Aussicht gestellt, was in der Abhängigkeit der Metallindustrie vom Baumarkt begründet liegt und zweifellos auch zutreffend sein wird. Die

Für die Frauen.

Von einer Frau.

Ueber die Stellung und die Pflichten der Mutter bringt die „Arbeiterin“, Organ der Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands, einen Artikel, in dem sie die Ausführungen des Präsidenten der amerikanischen Unionstaaten Roosevelt wiedergibt, die derselbe im Herbst vorigen Jahres zu den 500 Vertreterinnen des internationalen Kongresses für die Wohlfahrt des Kindes gesprochen hat. Unter anderem sagt „Roosevelt“ in Bezug auf die Tätigkeit des Kongresses:

„Ihre Vereinerung ist die einzige, die ich selbst über die Veteranen des Bürgerkrieges stelle, weil die Mutter und nur die Mutter eine bessere Bürgerin ist, als selbst der Soldat, der für sein Land kämpft. Die erfolgreiche Mutter, die Mutter, die ihren Teil dazu beiträgt, die Kinder, die Mädchen, die Knaben, die Frauen und Männer der nächsten Generation richtig zu erziehen, ist dem Gemeinwesen von viel größerem Nutzen und nimmt eine viel ehrenvollere Stellung ein, als irgend ein erfolgreicher Mann. . . . Wenn die Mehrzahl der Frauen nicht gute Gattinnen und Mütter sind, wenn sie die Kinder nicht an Körper und Seele zu gesunden Menschen erziehen, — wenn sich dieses nicht von der Mehrzahl der gewöhnlichen Frauen eines Landes sagen läßt, kann kein noch so leuchtendes Genie, keine materielle Prosperität, kein Triumph der Wissenschaft oder der Industrie eine Nation vor dem Niedergang, vor dem Ruin und Tod bewahren. Die Mutter hat den höchsten Wert im sozialen Leben, sie ist die Stütze, die der erwigternte Staatsmann, Geschäftsmann, Minister oder Gelehrte sich verabschauen und beurteilen den Mann, der die

Frau brutal, gedankenlos, leichtsinnig und egoistisch behandelt. Ein solcher Mann ist eine niedrige Kreatur, der nicht die kolossale, mühevollste Aufgabe der Mutter zu würdigen versteht. — Ich verabschäume den Mann, der einer Frau, die ihre Pflicht erfüllt, die Anerkennung verweigert. Aber die Frau, die sich ihren Pflichten entzieht in Bezug auf ihre Familie, ist ebenso verabschämungswürdig. Wir verachten sie, wie man einen Soldaten verachtet, der sich im Gefecht feige erweist. Eine Frau, die ihre Pflichten erfüllt, ist heilig in unseren Augen. Weil wir diese Frauen in so hohem Maße achten und ehren, haben wir nichts übrig für Frauen, die ihre Pflichten von sich weisen.“

Das sind goldene Worte. Sie gewähren der Mutter die höchste und bedeutsamste Stellung im Leben. — Wenden wir sie an auf das tatsächliche Leben! Wie ist die Stellung der Frau, die gezwungen ist, gewerblich tätig zu sein? Wie kann sie ihrer Pflicht genügen? Wie wird sie geachtet?

Die Beratungen zur Gewerbeordnungsnovelle haben so manche Probe davon abgegeben, wie man in der Arbeiterin die Frauen- und Mutterwürde achtet. — „Durch eine Privatuntersuchung habe ich mich davon überzeugt, daß meist nur die Frauen in Fabriken Beschäftigung suchen, welche nur eine kleine Anzahl Kinder haben.“ Diese, von einem Arbeitgeber angeführten Aeußerungen im Reichstage sollten wohl eine Entschuldigungsverdammnis der immer mehr zunehmenden Frauenarbeit sein. Welche Mißachtung der Mutterwürde liegt in den paar Worten „nur eine kleine Anzahl Kinder.“ Könnte man all das Glend und Leid aufzählen, welches die Folge davon ist, daß all die Mütter, die eine kleine Anzahl Kinder haben, diese verlassen mußten, um den unzureichenden Lohn des Vaters ersetzen zu helfen, es würde sicher manchen belehren, daß eine Mutter mit

einer kleinen Anzahl Kinder ins Haus und nicht in die Fabrik gehört. Die Fürsorgeerziehungsanstalten jugendlicher Personen reden eine deutliche Sprache von der Notwendigkeit des Kinderschutzes, des Kinderschutzes durch die Mutter, nicht durch fremde Personen. Wie hohe Zeit es ist, daß in dieser Beziehung bald etwas durchgreifendes geschieht, beweist schon die Tatsache, daß allein im Staate Preußen im Jahre 1904 rund 5 978 000 Mk. für die Fürsorgeerziehung jugendlicher Personen aufgewendet werden mußten und im Jahre 1906 bereits 7 588 000 Mk.

„Vergessen Sie nicht“, sagt Roosevelt, „daß Liebe der Grundpfeiler der Familie ist.“ Wie kann aber heute bei den vielen Tausenden von Kindern, welche außerhalb der Familie erzogen werden, Liebe zu Eltern und Geschwistern, dem Grundpfeiler der Familie, geweckt und gefördert werden? Die größte Sorge und Mühe, welche Lehrer und Geistlichkeit der Erziehung der Kinder widmen, kann nicht viel nützen, wenn das Band, welches Eltern und Kinder umschlingen soll, nicht genug gefestigt ist, wenn dasjenige, welches Schule und Kirche dem Kinde beibringt, zu Hause keine Förderung findet. Kein Wunder, daß so manche Mutter, welche die Leitung ihres Kindes nicht von Jugend an in der Hand hatte, später die Autorität vollständig über daselbe verliert. So klagte mir weinend eine solche Mutter, daß ihr kaum 14 Jahre altes Söhnchen auf die Zurechtweisung über ein bei ihm vorgefundenes schlechtes Buch ihr frech ins Gesicht gesagt: „Mutter, darüber laß ich mir von dir nichts sagen; denn davon verstehst du doch nichts.“

„Eine Frau, die ihre Pflicht in Bezug auf ihre Familie nicht erfüllt, ist verabschämungswürdig“, sagt Roosevelt. Beherrigen wir Arbeiterinnen

Metallarbeiter haben im gegenwärtigen Stadium der Wirtschaftslage — d. h. am Vorabend einer bessern Konjunktur — keine dringendere Pflicht zu erfüllen, wie ihre Organisation auszubauen und zu stärken, um in der kommenden bessern Zeit gerüstet zu sein.

Arbeiter-Genossenschaftsbanken.

Sehen wir nicht in dem Entfalten der Natur im Frühjahr ein Bild unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung? Aus ganz bescheidenen Anfängen ging sie hervor, Blatt an Blatt, Zweig an Zweig erstand: dann der hochaufwärtsstrebende Stamm mit fort und fort sich ausdehnender Krone der Sonne entgegen, dem sich an den Stamm Lehnen den Schutz bietend bei Sonnenhitze wie bei Sturm und Unwetter! Ein weiterer Gedanken- gang erinnert uns, daß wir bei allem idealen Aufwärtsstreben mit den Füßen doch immer noch die Erde, die profane Erde berühren und ihrer bedürfen zur Ziel- erreichung. Bleibt nicht der Baum ebenfalls aus den Erdstoffen, worin er steht, zu seiner Entwicklung Saft und Kraft der gegebenen Erlebnisse? Ebenso haben unsere idealen Bestrebungen ihre Wurzel im Irdischen, und soll der Stamm unserer Bewegung kräftig aus- wachsen, das „Stark- und Großwerden“ kräftig gefördert werden, so bedarf es mancherlei Erlebnisse, um der Wurzel die nötigen Säfte zuzuführen, den Stamm und die Krone bis in die äußersten Blattspitzen lebensfähig und weiterwachsend zu erhalten. Sehen wir uns heute unsere Gewerkschaftsfrage von oben bis unten an, so dürfen wir mit den Leistungen wohl zufrieden sein, freilich nicht berart, daß wir uns sagen könnten: „So, nun ist's genug“. Aber anerkennen müssen wir das opferfreudige Zusammenhalten unserer Kollegenschaft, die es vermochte, daß in der kurzen Bestehenszeit unseres Verbandes über 1/4 Millionen Mark aufgesammelt wurden. Dieses stetige Aufwärtsgehen ermuntert natürlich in hohem Maße mit erfrischter Kraft, weiter zu arbeiten, wohlwollend und erwägend, von welcher eminenten Be- deutung eben gerade der Geldpunkt für das ganze Vor- wärtstommen ist.

Getragen von diesen Gedanken, möchte nun der Schreiber dieser Zeilen die zeitgemäße Frage aufwerfen: Wie wäre es mit der Gründung einer Genossenschafts- bank?

Wohlwollend, daß manche widersprechen und abraten werden, in der Meinung, daß eine derartige genossen- schaftliche Organisation auf dem Gebiete des Bankwesens nicht von maßgebendem Einfluß sein könne, da die großen Geldmittel nicht vorhanden sein würden, füge ich hier gleich an, man möge doch mal nach England herüber- schauen. Was sehen wir da? Englands Arbeiterchaft hat zwölf Milliarden Mark (wohlverstanden 12 Milli- arden, nicht Millionen!) genossenschaftlich angelegt. Nach genauer Angabe beträgt das genossenschaftlich angelegte Kapital der Arbeiter 3 1/2 Milliarden, die übrigen Milli- arden sind Spargelder. Die Arbeiter-Baugenossenschaften verfügen über 1363 Millionen Mark, die Hilfskassen über 1010 Millionen, die Konsumgenossenschaften über 948 Millionen, die Gewerkschaften über 108 Millionen Mark u. Was sagt man zu solchen Ziffern?

Des weitern schaue man zur verhältnismäßig kleinen Schweiz. Dort gründete man unter kundiger Leitung am 1. Juli 1905 in St. Gallen die Genossenschafts- bank. Sie führt einen regelmäßigen Bankbetrieb, und ist somit mehr als bloße Sparkasse oder Kreditgenossen- schaft. Verschiedene Genossenschaften und Vereine leisten mit einem Kapital von 750 000 Fr. Garantie für die der Bank anvertrauten Gelder. Nach dem Bericht pro 1.08 waren der Bank zum 31. Dezember 1908 72 einzelne Vereinskassen mit 1 092 828 Fr. Einlagen angegliedert. Vom Gewinn der Bank wurden dem Re- servefonds 30 000 Fr. überwiesen und 4000 Fr. an die Zentralkasse christlicher Arbeiterorganisationen zurückver- gütet. Der Reingewinn betrug 23 302,16 Fr. Das sind ganz respektable Summen, die nicht in die Taschen der „großen Herren“ fließen, sondern den Arbeitern wie- der zu gute kommen. Der Gesamtumsatz der Bank betrug 35 305 532,01 Fr.

Drei große Ziele sind es, auf die ein solches In- stitut hinsteuert: die Sparsamkeit der Mitglieder zu fördern, das übrige gewerkschaftliche Genossenschaftswesen allseitig zu unterstützen, und dem Zentralverband christ- licher Arbeiterverbände Zuschüsse aus dem Reingewinn zu übermitteln, um das Ganze zu heben und zu stärken.

Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens ist noch vieles und großes zu schaffen. Hier muß der Hebel zur Sozialreform mit angelegt werden. Arbeiterschaft und Mittelstand stehen der heutigen Situation, welche Börse und Großbanken schaffen, gänzlich ohnmächtig gegenüber. Börse und Großbanken bedingen einander und sind eins. Und werden nicht die Großbanken noch immer mit dem Geld kleiner Leute gespeist? In Deutsch- land werden über sechs Milliarden Mark Arbeiter- und Mittelstandsgelder von Großbanken verwaltet. Diese Gelder in eigene Genossenschaftsbanken anlegen, heißt so viel, als dem Großkapital die oft unheilvolle Macht und den Einfluß entziehen. Die neuen Kulturwerte er- werben die Arbeiter selber, und die oft ungeheuerlichen Reingewinne fließen nicht mehr in die Taschen weniger Großkapitalisten, sondern bleiben bei Masse erhalten, stärken die Löhne, machen die Arbeitskraft mehr unab- hängig, und gestatten der Arbeiterschaft einen maßgeben- den Einfluß auf die Börse und den Geldmarkt.

In Deutschland wurden im Jahre 1906 für 6 Milliarden Mark emittiert und etwa 350 Millionen Agio- Draufgeld verdient. Sombart sagt darüber: „Durch die Emissionsgeschäfte gelangt ein immer wachsender An- teil des Nationaleinkommens in die Hände der Hoch- finanz. Sie schöpft den Rahm und läßt die entrahmte Milch den Massen“. Die Börse ist das Herz der Volkswirtschaft geworden; da sie die Preise bestimmt, ist ihr Herzschlag der Herzschlag der Volkswirtschaft. Durch großen Geldbedarf der Unternehmungen gibt's Geld- knappheit, wobei der Zinsfuß im letzten Jahre auf 8 % stieg, was im Kleingewerbe empfindlich bemerkt wurde und hier vielfach die Arbeitslöhne drückte. Werden nun umgekehrt viele Wertpapiere plötzlich losgeschlagen, zurück- gezogen oder in bares Geld umgesetzt, so ist damit wie- der Mangel auf dem Geldmarkte, schwere Not für die Industrie, weil die Banken zur Geldsperrre übergehen müssen, und damit ist die Krisis geschaffen, wie wir sie seit November 1907 durchgemacht.

Hiermit wäre wohl zur Genüge dargetan, daß das „Zuslebenrufen“ von Genossenschaftsbanken eine äußerst zeitgemäße Frage ist. Dieses unbestreitbare kräftige und erfolgreiche Mittel, das die arbeitende Klasse hebt und mehr und mehr frei macht, verdient höchste Beachtung in unserer Zeit. Die Durchführung dieser durchaus praktischen Idee erfordert jedoch nicht nur Kapital, son- dern auch eine beruflich und moralisch geschulte Arbeiter- schaft, wie auch kaufmännisch ausgebildete Mitglieder. Daß auch in Deutschland eine Genossenschaftsbank der christlichen Arbeiterorganisationen gut bestehen könnte, unterliegt keinem Zweifel.

Vorschusszahlungen der Ortsgruppen an die Hauptkasse.

Von einem alten eifrigen Kollegen aus Duis- burg-Laar erhalten wir eine Zuschrift, in der die Aufforderung in unserem Verbandsorgan, daß die größeren Ortsgruppen alle überschüssigen Gelder mo- natlich an die Hauptkasse einzuzahlen haben, nur als ein persönlicher Wunsch unseres Hauptkassierers an- gesehen wird, weil im Statut darüber keine Vor- schriften bestehen. Dann wird in der Zuschrift weiter der Meinung Ausdruck gegeben, daß alle größeren Ortsgruppen das Geld selbstverständlich zinstragend bei einer Bank anlegen und diese Zinsen dann den Ortsgruppen zugute kommen sollen und nicht der Hauptkasse, die eingehenden Gelder also jeder Orts- gruppe bis zur Vierteljahrsabrechnung überlassen bleiben sollen. Um nun irrigen Auffassungen auch anderwärts zu begegnen; verlohnt es sich, auf die Frage näher einzugehen.

Die Zuschrift des betreffenden Kollegen wie so manche sonstigen Zuschriften an die Verbandsleitung beweisen, daß leider sehr viele Verbandskollegen sich zu wenig in das Verbandsorgan hineinreden können und zu leicht geneigt sind, von engen lokalen Gesichtspunkten den Maßstab an das Ganze anzu- legen, dann aber oft nicht an die Konsequenzen ihrer Vorschläge denken.

Zunächst soll hierbei noch einmal festgestellt wer- den, daß in unserem Verbandsorgan nicht persönliche Wünsche des einzelnen, sondern einzig das Ver- bandsinteresse maßgebend sind, und nur von diesem Gesichtspunkt aus erfolgt auch die Aufforderung zur Einzahlung der überschüssigen Gelder in den Orts- gruppen. Derartige Aufforderungen sind Verwal- tungsmassnahmen, die die Verbandsleitung trifft, wenn die Notwendigkeit sie ergibt, auch wenn ihnen kein besonderer Paragraph im Statut gewidmet ist.

Nun zu den Vorschusszahlungen der Ortsgrup- pen an die Hauptkasse. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben ist aus folgenden Erwägung- en heraus begründet:

Bei dem heutigen Beitrag von 60 Pf. teilweise sogar 90 Pf. fließt schon bei einer Ortsgruppe von nur 50 Mitgliedern beim Kassierer mindestens eine Summe von 3—400 Mk. in einem Quartal zusammen. Diese Beiträge steigern sich bei größeren Verwaltungs- stellen zu mehreren Tausend Mark. Ein Teil der Bei- träge geht aber schon im 1. Monat im Quartal, ein soweit sie nicht zu Unterstüßungen gebraucht werden, bleiben nun in den Ortsgruppen liegen bis zur Quartalsabrechnung. Alle Ortsgruppen, die von weiterer im 2. Monat ein. Alle diese Summen, Kollegen im Arbeitsverhältnis verwaltet werden, könn- nen auch nicht ohne weiteres die vereinnahmten Gelder zur Bank oder Sparkasse tragen, weil diese Institute geschlossen sind; wenn die Arbeiter Feierabend haben. So muß in den aller- meisten Fällen der Kassierer die Gelder aufbewahren und ist außerdem noch der Gefahr ausgesetzt, von Dieben oder Einbrechern heimgesucht zu werden. Da ist der einzige richtige Weg; alle nicht benötigten Verbandsgelder an die Hauptkasse zu senden, wo sie der Sorge des Ortsgruppenkassierers entzogen sind.

Ein weiterer Grund, Vorschusszahlungen zu for- dern, ist folgender: Bei dem heutigen Unterstüßungs- wesen reichen die Beiträge in vielen Ortsgruppen nicht aus; um die laufenden Unterstüßungen bei Erwerbslosigkeit usw. auszahlen zu können, und es müssen Zuschüsse seitens der Hauptkasse geleistet wer- den; die jeden Monat mehrere Tausend Mark be- tragen. Das weitgehende Unterstüßungswesen bringt es außerdem mit sich, daß jedes Vierteljahr eine An- zahl Ortsgruppen überhaupt kein Geld an die Haupt- kasse senden, weil es für Unterstüßungszwecke auf- gebraucht oder zu dem Zwecke einbehalten wurde. Es wäre nun wenig kaufmännisch gewirtschaftet, wenn man auf der einen Seite die überschüssigen Ver- bandsgelder nutzlos in den Ortsgruppen liegen ließe, und auf der anderen Seite jedes Vierteljahr Tausende von Mark an andere Ortsgruppen aus der Hauptkasse Zuschuß leisten müßte. Durch die Vorschusszahlungen der Ortsgruppen und Verwaltungsstellen wird nun ein Ausgleich geschaffen, der für die Finanzierung des ganzen Verbandes nur von Nutzen ist.

Was nun den zweiten Einwand in der ein- gangs erwähnten Zuschrift betrifft, daß den Lokal- kassen die Zinsen aus den vereinnahmten Geldern zufließen sollen; so ist derselbe wenig schlüssig und

und Mütter die Worte besonders, denn doppelt schwer lasten diese Pflichten heute auf uns. Angesichts der vielen unglücklichen Familienverhältnisse infolge der Frauennarbeit, ferner die früher nie in solchem Maße gekannte Verrohung der Jugend, die unsichere Zukunft ihrer Kinder muß jede Arbeiterfrau und Mutter aufrütteln, sie an ihre Pflicht erinnern, welche sie der Familie gegenüber hat. Dieser Pflicht ist aber bei den heutigen Verhältnissen nicht damit genügt, daß die Mutter betet und arbeitet, sondern dieselbe hat sich auch um die sozialen Strömungen zu kümmern. Sie muß versuchen, den Gedanken- und Ideenkreis ihres Mannes, ihrer heranwachsenden Kinder zu verstehen. Werken besonders lehtere, daß die Mutter — welche vielleicht in anderen Verhält- nissen aufgewachsen ist, als wie die Kinder — sie doch versteht, so wird die Mutter der Achtung und Ehrfurcht ihrer Kinder gewiß sein. Leicht läuft aber einerseits eine Arbeiterfrau Gefahr, die Autorität über den heranwachsenden Sohn oder die Tochter zu verlieren, wenn sie über manches ab- fällig urteilt, wovon sie nichts versteht, ohne sich über darüber belehren lassen zu wollen. Welch einen jämmerlichen Anblick macht z. B. oft noch eine Ar- beiterfrau, wenn die Vertrauensperson des Verbandes kommt und die Mutter kann nicht genug tun im Schimpfen über das „ewige Gehäusgeben“ für den Verband, anstatt sich zu orientieren über die Not-wendigkeit und Nützlichkeit desselben.

Die jetzige Krise hat's wieder gezeigt, wie der Arbeiter durch die Arbeiterin verdrängt, daß Aus- nützung der billigeren Arbeitskraft — der Arbeiterin — die Achtung vieler deutscher Industrieller vor der Frau und Mutter ist. Der „Konfessionär“, eine Zeitung für die Interessen der Arbeitgeber, gibt dies in seiner Neujaahrsnummer selbst zu, indem er

in Fettdruck ausführt: „Erwachsene männliche Ar- beiter sind viel zahlreicher entlassen worden, als dem Gesamtzuwachs entspricht. Dafür sind dann zum Teil jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen einge- stellt worden.“ — Aus vielen größeren Industrie- orten hat die Verdrängung der Männer durch die Frauennarbeit einen förmlich beängstigenden Charak- ter angenommen. Chikanen, ungerechte Strafen, Ge- fahren der jugendlichen Arbeiterinnen in sittlicher Beziehung von seiten der Angestellten sind gar nicht so ganz selten. Angesichts solcher Tatsachen sollte jede Arbeiterfrau, auch wenn sie nicht selbst Fabrik- arbeiterin war, es als ihre Pflicht betrachten, anstatt hemmend, fördernd zum Wohl der ihrigen zu ar- beiten, durch Unterstüßung der sozialen Bewegungen. Diejenigen Arbeiterfrauen und Mütter aber, welche selbst als Arbeiterin im Dienste gewerblicher Unter- nehmer gestanden haben und die Schwäche des ein- zelnen Arbeiters kennen, haben die Pflicht, mit gan- zer Kraft dahin zu streben, daß ihre Angehörigen ein Glied an der Kette bilden, welche fest zusammen- geschmiedet stark genug ist, manche Übelstände zu beseitigen, unter denen heute noch so viele brave, fleißige Arbeiterfamilien leiden. Lassen wir uns da- bei von dem Gedanken leiten, daß die Opfer und die Mütter, welche wir dabei haben, für unsere Familien, für unsere Kinder und Kindeskindesten von dauerndem Werte sind.

Arbeiten in diesem Sinne alle werten Arbeiter- frauen und Mütter, welche diese, von einer Frau geschriebenen Zeilen lesen, so wird der Ausspruch: „Eine Frau, eine Mutter, die ihre Pflicht erfüllt, ist heilig in unseren Augen.“

an den Konsequenzen auch gefährlich. Zunächst gilt hier der Grundsatz, daß die Lokalkassen kein Anrecht auf die Zinsen von Verbandsgeldern haben. Sie lassen sich auch nur da erzielen, wo der Kassierer Zeit hat; die Gelder zinstragend anzulegen. Das wird in der Regel nur in Verwaltungsstellen mit einem freigestellten Beamten möglich sein. Ein Kollege aus dem Arbeitsverhältnis würde sonst mehr Arbeitszeit versäumen, als die Zinsen ausmachen würden. Wollte man aber den Grundsatz gelten lassen, daß die Ortsgruppen die Verbandsgelder einbehalten dürfen, um die Zinsen daraus zu ziehen, so wäre die Konsequenz die, daß zuletzt auch nicht mehr mit der Quartalsabrechnung die sich rechnungsmäßig ergebenden Gelder eingehandt würden, vielmehr mit dem Bemerkten, sie wären gut und sicher angelegt und könnten auch noch weitere Zinsen für die Ortsverwaltungen bringen.

Die Folge wäre eine vollständige Zersplitterung und Lahmlegung des Verbandes in finanzieller Beziehung. Deshalb sind alle in Frage kommenden Ortsgruppen, auch die größeren Verwaltungsstellen ohne Ausnahme, verpflichtet, der Aufforderung der Verbandsleitung Folge zu leisten und die überflüssigen Verbandsgelder als Vorschüsse an die Hauptkasse zu senden. Eine Anzahl Ortsgruppen haben gleich der Aufforderung im 2. Quartal Folge geleistet und über 9000 Mk. Vorschusszahlungen gemacht, davon allein von der Verwaltungsstelle Essen 4600 Mk. In diesem Quartal sind ebenfalls schon im August über 4000 Mk. Vorschusszahlungen erfolgt. Wir erwarten, daß die angeführten Gründe alle in Betracht kommenden Ortsgruppen von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Vorschusszahlungen im Verbandsinteresse überzeugt haben und nun auch die Ortsgruppen der Aufforderung Folge leisten, die dieselbe bis jetzt ignoriert haben. In anderen Verbänden ist dieses übrigens als selbstverständlich schon längst durchgeführt.

Gewerkschaftliches.

Der Regulator als Finanzgelehrter und Rechenkünstler.

Am der strubellösen Hege gegen die christlichen Gewerkschaften anlässlich der Reichsfinanzreform hat sich mit einem besonderen Uebereifer der S.-D. „Regulator“ beteiligt. Dabei hat er es aber nicht mit der Verleumdung der christlichen Gewerkschaften und einer maßlos gehässigen Kritik bewenden lassen, sondern auch „praktische Vorschläge“ gemacht, wie nach S.-D. Rezept die neuen Steuern aufgebracht werden mußten. Bei diesen Vorschlägen ist dem steuerflüchtigen „Regulator“ ein ergötzliches Malheur passiert, er hat sich grenzenlos blamiert. Die „Westd. Arb.-Ztg.“ Nr. 36 nagelt diese Blamage mit folgenden Ausführungen für alle Zeiten fest:

„Er (der „Regulator“) hätte die 500 Millionen durch die einzige Maßnahme aufgebracht! Großartig. Wie macht dieser Rechenkünstler das? Da müssen wir seine eignen Worte etwas anführen. Er sagt in Nr. 34 wörtlich: „Im Jahre 1908 besaßen nach der preussischen Vermögens- (Vermögens-)steuerveranlagung: 1.500.000 Steuerpflichtige 91 Milliarden Mark Vermögen allein in Preußen. Eine Milliarde gleich zehntausend Millionen, 91 Milliarden gleich neunhundertzehntausend Millionen (!!!). Also 91 Milliarden nur in Preußen und nur bei Staatsbürgern, die über 6000 Mark jährliches Einkommen haben. Rechnet man dazu, welche gewaltige Riesensumme Vermögen erst im ganzen Deutschen Reich zusammenkommen muß, dann wäre es ein Leichtes, aus einer Nachlasssteuer ganz allein jährlich 500 Millionen herauszuholen.“

Also das ist das Hirsch-Dandert'sche Steuerprogramm. Ausgezeichnet! Man möchte mir gleich bemerken, daß dem Steuerkünstler des „Regulator“ nicht nur jegliche Kenntnisse des Steuerwesens mangelt, sondern sogar die Kenntnisse des Einmaleins.

Zum ersten! Er sagt, 91 Milliarden Mark seien im Besitze von Leuten, die mehr als 6000 Mark Einkommen haben. Das ist falsch. Es muß vielmehr heißen 6000 Mark Vermögen, das ist etwas ganz anders. Ferner muß bemerkt werden, daß die 91 Milliarden Vermögen sich zusammensetzen aus allen Vermögen über 6000 Mark. Von den gesamten 91 Milliarden treffen allein 11 Milliarden auf die Vermögensbesitzer 5-20000 Mark. Sind das wohl Reichtümer?

Doch, wir wollen den Hirsch-Dandert'schen „Steuergelehrten“ nicht zu sehr mit Zahlen plagen. Das könnte für ihn unangenehme Folgen haben. Denn „das Rechnen macht ihm arge Pein“. Er kennt nämlich nicht einmal sein Einmaleins. Von den Jungen in der Volksschule verlangt man, daß sie wissen, wie groß eine Milliarde ist. Wenn man einen Durchschnittsschulbuben fragt, wieviel ist eine Milliarde, so sagt er richtig: „Eine Milliarde sind tausend Millionen.“

Der „Finanzpolitiker“ des „Regulator“ weiß das anders. Nach ihm ist eine Milliarde gleich zehntausend Millionen und 91 Milliarden gleich neunhundertzehntausend Millionen. Von einem Druckfehler kann keine Rede sein, denn es heißt wörtlich: „Eine Milliarde gleich zehntausend Millionen, 91 Milliarden gleich neunhundertzehntausend Millionen.“ Tableau!

Also ein Mann, der nicht einmal die ersten Elemente des Zählens imre hat, will sich zum Steuerheiland von Deutschland aufschwingen! Er nimmt einfach das Reichtum der wirklichen Reichtümer: statt 91 Milliarden Vermögen, welche Deutschland, England und Frankreich zu-

sammen noch nicht aufbringen können! Und eine solche Summe sollen die glücklichen Vermögensbesitzer mit über 6000 Mark Einkommen (!!) in Preußen ihr eigen nennen! Nachdem so der Steuerfonds, aus dem der „Finanzgelehrte“ des „Regulator“ das Reich mit 500 Millionen speisen will, zehnmal kleiner geworden ist, als er annimmt, würde nach seinem Rezept auch das Ergebnis ein zehnmal kleineres sein: statt 500 Millionen würde sein Rezept 50 Millionen bringen.

So, nun kann der Steuerkünstler mit samt seinem „Regulator“ und seiner Blamage erpacken, seinen Wäckerl schnitzen und in die Volksschule gehen, um das Zählen zu lernen. Dann, wenn er zählen kann, mag er wieder einmal Steuerpolitik treiben.“

So weit die „Westdeutsche“. Wenn der Fluch Lächerlichkeit töten würde, hätte der S.-D. „Regulator“ keine Stunde mehr zu leben, würde von seinen schweren Leiden endlich erlöst sein. So endet also auch sein demagogischer Steuerfeldzug gegen die christlichen Gewerkschaften mit einer selbstbeweihten unsterblichen Blamage. Nichts, aber auch rein gar nichts will den armen S.-D. Zeitungsherrn mehr gelingen. Schmerz laß nach!

Konfusion oder Unehrlichkeit?

Die „Nordostdeutsche Arbeiterzeitung“ des als scharfer Gegner der christlichen Gewerkschaften bekannten Herrn L. Reichert (Bromberg) bringt in ihrer Nr. 17 vom 15. August einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Christliche Gewerkschaften und die Zentrumspartei“, worin unter andern schiefen und unwahren Darstellungen auch folgender blühender Unsinn enthalten ist:

„Nun, im Interesse einer wahrhaft nationalen — die Grundsätze des Christentums im wirtschaftlichen Kampf zur Wertschöpfung erheben — christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung ist dringend eine völlige Neutralität in politischer und konfessioneller Hinsicht zu wünschen. Unseres Erachtens gehört dazu aber auch, daß christliche Gewerkschaftsführer nicht Mitglieder einer ausgesprochen konfessionellen Partei (gemeint ist das Zentrum. Red. d. Ztg.) sind, sondern sich auch hier auf neutralem Boden, etwa in der „Wirtschaftlichen Vereinigung“, zusammensind.“

Man weiß wirklich nicht, ob man über eine solche Konfusion lachen oder weinen soll. Traurig ist's aber im höchsten Grade, daß der Herausgeber und geistige Leiter eines angeblichen Christenbundes evangelischer Arbeitervereine derartigen Unsinn seinen Lesern vorzusetzen wagt. Mehr darf man auch den Befürderten gelben Arbeitern nicht bieten und mit denen fühlt sich bekanntlich Herr Reichert im Innern gesinnungsverwandt, arbeitet mit solcher Erziehungsarbeit aber letzten Endes doch nur der Sozialdemokratie in die Hände.

Das Zusammenarbeiten katholischer und evangelischer Arbeiter

war Beratungsgegenstand einer im August in Hamm i. W. stattgefundenen Konferenz der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine des Stadt- und Landkreises Hamm. Der Sekretär, Arbeitersekretär Knollmann-Anna, (evangelischer Arbeiterverein), wies darauf hin, daß die verschiedensten Kreise dem Zusammenwirken von katholischen und evangelischen Arbeiter skeptisch gegenüberstünden. Und doch sei die Einigkeit aller Arbeiter, gleich welcher Konfession sie auch angehörten, ein Gebot der Notwendigkeit. Das Ideal müsse eine große Arbeitervereinigung sein, zu der es aber leider nicht kommen werde, weil die Verschiedenartigkeit der Weltanschauung entgegenstehe.

Der Redner warf dann etnen Rückblick auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung und bezeichnete die Angabe, der man hin und wieder begegne, ein Zusammengehen sei auf den Stimmenfang fürs Zentrum berechnet, als Unsinn; als ein altherbes Gewäsch. Es seien in der Regel solche Protestanten, die veräuzelte Behauptungen aufstellten, die sich wenig oder gar nicht um die Arbeitererschaft kümmerten und nur zur Zeit einer Reichstagswahl erwachten. In wirtschaftlichen Fragen müßten die Arbeiter zusammengehen und auch zur Durchführung der Arbeiter-Versicherungsgesetze sich auf Männer einigen, die selbstlos die Interessen ihrer Kameraden zu vertreten imstande seien. Es müsse ein Heer und eine Schlachtreihe sein; nur dann sei der Erfolg gewährleistet. Dem beachtenswerten Vortrage lagen eine Reihe Leitsätze zu Grunde, in denen es u. a. heißt:

„Wette Kreise evang. und kathol. Christen glauben noch wegen der Verschiedenheit ihrer Konfession sei ein Zusammenarbeiten auf sozialwirtschaftlichem Gebiete nicht angängig oder nicht möglich. Das muß zu einer bedauerlichen weiteren Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung führen. Eine weitere Zersplitterung und Schwächung müssen wir in unserem eigensten Interesse mit allen Mitteln verhindern. Die Gründe, welche man für die Zersplitterungsarbeit von jener Seite anführt, sind durch die Praxis längst widerlegt. Der Hauptgrund ist der, daß man eine Verwässerung des Glaubens für die Arbeiter befürchtet. Das ist aber 1. eine Beleidigung für einen christlichen Arbeiter und 2. in der Praxis gar nicht möglich, weil konfessionelle Fragen überhaupt nicht behröden werden.“

Amliche Druckfehler.

Die sozialdemokratische „Dreslauer Volkswacht“ vom 22. August bringt eine Nebeneinanderstellung der Unterführungsleistungen nebst Gesamtausgaben der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen nach den Angaben des statistischen Jahrbuchs für das deutsche Reich und will mit diesen „amtlichen“ Zahlen den Namen für die sozialdemokratische Richtung machen. Nun können sich aber auch in amtlichen Zahlen Irrtümer oder Druckfehler einschleichen, und eins von beiden ist auch dem statistischen Jahrbuch mit den Gesamtausgaben der christlichen Gewerkschaften passiert. Die werden nämlich in der von der „Dreslauer Volkswacht“ wiedergegebenen Zusammenstellung mit 2750354 Mk. für das Jahr 1908 angegeben (Jahrbuch Seite 394), während sie in Wirklichkeit aber 3556224 Mk. betragen. Auf Seite 389 des Jahrbuchs ist allerdings in der tabellarischen Gesamtübersicht die richtige Summe angegeben. Womit festgestellt sein soll, daß sich auch in amtlichen Werten falsche Zahlen einschleichen können.

Für's „Berliner“ Stammbuch.

Gegen die offenen und versteckten Gegner den christlichen Gewerkschaften im katholischen Lager wandte sich am 4. August in einer großen Versammlung der katholischen Vereine zu München der Domdekan Dr. Schäbler, der zweite Vorkämpfer der deutschen Zentrumspartei. Der Redner meinte mit Bezug auf die theoretische Maulwurfsarbeit, die von gewisser Seite nicht allein in politischer Hinsicht, sondern auch auf dem Gewerkschaftsgebiet versucht wird, u. a. folgendes:

„... Daß wir mit unsern christlichen Gewerkschaften nicht auf falscher Fährte sind, das beweist der Haß unserer Gegner. Des weitern spricht dafür die Beachtung, welche die christlichen Gewerkschaften seitens der Regierung und der Parlamente wie auch seitens der Wissenschaft gefunden haben. Papst Pius X. hat die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Dezember und um Ostern empfangen und ihre Bestrebungen gutgeheißen, ebenso auch Kardinal Fischer von Köln. ... Also ich meine, man sollte das Spintisieren und Silbenstechen lassen, zumal die Arbeit riesig, der Feind mächtig und der Kampf gewaltig ist.“

So mag diese Worte auch sind: in gewissen Kreisen wird man sie abschütteln wie auch so viele andere Wahrheiten. Das „Spintisieren“ und Schmisseln ist eben manchen Leuten zur zweiten Natur geworden. Nichtsdestoweniger werden sich die „Berliner“ Spintisierer und Silbenstecher diese Worte des hervorragenden Führers der bayerischen Katholiken nicht hinter den Spiegel stecken.

Bankerotte Schreier.

Bei der gewissenlosen Hege gegen die christlichen Gewerkschaften bezüglich der Reichsfinanzreform hat sich das sozialdemokratische Textilarbeiterorgan an Unehrlichkeit und Gehässigkeit bald selbst überboten. Aus welchen Gründen, ist jetzt bekannt geworden, nämlich um die innere Zäuntheit und den finanziellen Bankrott im eigenen Lager mit der politischen Hege gegen die christlichen Arbeiterführer zu überbieten. Wie die christliche „Textilarbeiterztg.“ Nr. 36 an Hand der sozialdemokratischen Statistik feststellt, steht der „freie“ Textilarbeiterverband „tatsächlich vor dem finanziellen Bankrott“.

„Bei einem angeblichen Mitgliederbestande von 103 120 am Schlusse des Jahres 1908 hatte die „freie“ Textilarbeiterorganisation ein Vermögen in der Zentralkasse von sage und schreibe nur 37 404 Mark. Das macht auf den Kopf des Mitgliedes

ganze 36 deutsche Reichspennige. Das Gesamtvermögen inklusive Inventar betrug am gleichen Zeitpunkte 210 433 Mark. Ein derart lächerlich geringer Vermögensbestand der Zentralkasse für eine Organisation mit dem angegebenen Mitgliederbestande kommt einem finanziellen Bankrott gleich.

Demgegenüber betrug der Bestand der Zentralkasse des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands am Schlusse des vergangenen Jahres 420 165 Mark oder auf den Kopf des Mitgliedes 12,46 Mark, das ist 34mal soviel als im „deutschen“ Verbands.

Das Gesamtvermögen der christlichen Textilarbeiterorganisationen betrug zur genannten Zeit exklusive Inventar 478 265 Mark.“

Christliche Arbeiter, merkt Ihr jetzt, warum die Sozialdemokraten so maßlos schreien und gegen die christlichen Gewerkschaften hegen?

Streik und Lohnbewegungen.

Der Danziger Klempner und Installateurenstreik

Ist nach fast siebenwöchentlichem zähen Kampf mit großem Erfolg für die Kollegen beendet worden. Der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Zentral-Parteiorgan, brachte in Nr. 193 vom 20. August folgende Notiz: „Nach siebenwöchentlichem Kampfe ist der Streik der Klempner, Installateure, Rohrleger, Heizungsmonateure, sowie deren Helfer in Danzig am 17. August mit vollem Erfolg für die Streikenden beendet worden. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich fünf Pfennig pro Stunde vorsieht.“

Eine solche Notiz „Erfolgreicher Streik“ hat der „Vorwärts“ in seiner Rubrik „Gewerkschaftliches“ aus der Metallbranche seit Jahren nicht mehr bringen können. Fast alle Kämpfe, die vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in den letzten Jahren geführt wurden, gingen verloren. Der frühere 2. Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung des freien Metallarbeiterverbandes, Herr Wiesenthal, hat jetzt neuerdings eine 29 Seiten starke Broschüre, betitelt: „Die Ohnmacht des deutschen Metallarbeiterverbandes“ herausgegeben, in welcher alle erlittenen Niederlagen besprochen werden.

Auch der Danziger Klempner- und Installateurstreik wäre sicher verloren gegangen, wenn nicht im entscheidenden Moment der christliche Metallarbeiterverband die Führung des Kampfes übernommen hätte. — Wie lag die Sache? Etwa 50 Klempner- und Installationsstrumen mit circa 150 Gesellen und Arbeitern kamen in Frage. Von diesen 150 Kollegen waren etwa 100 im sozialdemokratischen und 6 im christlichen Verband organisiert. Daß der rote Verband, seiner alten Gewohnheit treu bleibend, den christlichen Verband bei der Bewegung zu übergehen gedachte, ist weiter nicht verwunderlich. Unsere Danziger Kollegen ließen sich jedoch nicht an die Wand drücken und durch den Druck der öffentlichen Meinung mußten die Genossen sich schließlich zur Anerkennung der „Christlichen“ bequemen. Dies geschah natürlich nicht ohne Hohn und verächtliche Nebenbemerkungen, die gelegentlich gegen unsere im Kampfe mit den roten wenig geschulten Kollegen gemacht wurden.

Am 16. Juni wurde der Tarif eingereicht und bis zum 22. Juni von den Unternehmern Antwort erbeten. Die Unternehmer ersuchten um Ausstand bis zum 28. Juni, welcher zugesagt wurde. Am 27. Juni traf die Unternehmerantwort ein. Sie lautete: „Wir verhandeln nicht!“ Es wurde darauf der Streik beschlossen, der am 1. Juli seinen Anfang nahm. Eine Anzahl Mitglieder des freien Verbandes — darunter der langjährige Ortsgruppenleiter Herr Peter — wurde Streikbrecher. Mit allen Mitteln wurde gearbeitet, um die Unorganisierten, denen man seitens der Streikleitung Unterstützung in Aussicht stellte, zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Die Zahl der Unorganisierten betrug 46.

Als der erste Streikunterstützungstag kam, erfuhr die Unorganisierten die Wahrheit des im soz. Mainzer Parteitagprotokoll, Seite 224, von Dr. Duarck erwähnten Satzes: „Wir Sozialdemokraten sind eine prinzipientreue Partei, aber wir mögen, wo wir mögen können.“ Der sozialdemokratische Verbandsbeamte Herr Paul Fröngel lehnte jede Unterstützung an Unorganisierte ab.

Die Folge war große Erregung, die in eine Schlägerei ausartete. Herr Fröngel wurde dabei — wie er selbst in einer öffentlichen Versammlung am 19. August in Danzig angab — von eigenen Verbandskollegen blutig gehauen und als „Lump“ und „Schuft“ tituliert. — Durch diesen Zwischenfall war das Vertrauen zur Streikleitung stark erschüttert, daß am Montag den 12. Juli wieder eine ganze Anzahl Mitglieder des soziald. Verbandes die Arbeit aufnahm.

In der Streikkontrollversammlung am Montag den 12. Juli, morgens, ging der Krach wegen der Unterstützung wieder los. Die Unorganisierten drohten, die Arbeit am Dienstag, den 13. Juli wieder aufnehmen zu wollen, falls die versprochene Unterstützung nicht gezahlt würde. In dieser Situation erklärte Fröngel, der die zerschundenen Stellen seines Hauptes mit englischem Pflaster verklebt, zur Versammlung erschienen war: „Unterstützung an die, die nicht vor dem 1. Juli dem Verbandsbeigeordneten sind, gibt es nicht.“ Das Ende des Streiks, und zwar so blamabel, wie kaum ein Streik für die Beteiligten ausgegangen ist, war damit in greifbarer Nähe gerückt. Was Fröngel zu diesem geradezu furchtbarsten Verhalten bewegen hat, mag er jetzt, nachdem der Streik beendet ist, mit seinen Genossen ausmachen, denen er eine ungeheuerer Blamage systematisch vorbereitet.

Zu dieser Situation erklärte sich der Vertreter des christl. Metallarbeiterverbandes bereit, das nötige Geld zur Weiterführung des Streiks für die Unorganisierten beschaffen zu wollen.

Als in der Abendversammlung, die noch am selben Tage stattfand, seitens des christlichen Verbandes die Mitteilung gemacht wurde, daß Geld zur Fortführung des Kampfes beschafft sei, schlugen die Herzen der kämpfenden wieder in froher Siegeshoffnung. Der christliche Verband, der jetzt über 52 Mitglieder und über die Sympathie aller freien Verbandsmitglieder verfügte, übernahm von nun an die Führung des Kampfes. Mitglieder des soziald. Metallarbeiterverbandes, die durch das Treiben des Herrn Fröngel die Hoffnung auf das Gelingen des Kampfes verloren, die Arbeit wieder aufgenommen hatten, schlossen sich nunmehr ihren kämpfenden Kollegen wieder an. Man mußte im Unternehmerlager sehen, daß ihre Hoffnungen auf eine Niederlage der Arbeiter zu Wasser geworden waren.

Am 7. August endlich kamen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts die Verhandlungen in Gang. Da gegen Fröngel seitens der Unternehmervertreter Einspruch erhoben wurde, beauftragten die Lohnkommissionsmitglieder des freien Verbandes den Kollegen Winter vom christlichen Verband, daß er als Sprecher am Gewerbegericht fungieren soll. Nach 13stündiger schwieriger Verhandlung kam dann ein einstimmiger Schiedsspruch zustande, der sich auf die Lohnsätze bezog.

Waren die Streikenden mit dem Resultat vollständig befriedigt und so zu sofortiger Annahme dem am Einigungsamt getroffenen Vereinbarungen bereit, so zeigte es im Gegensatz hierzu im Lager der Arbeitgeber noch heftigen Widerstand ab. Endlich, am 17. August, konnte die Unterzeichnung des Vertrages am Gewerbegericht vor sich gehen.

Am selben Tage nachmittags wurde die Aufhebung des Streiks einstimmig beschlossen. Nachdem Fröngel in der Versammlung den erzielten schönen Erfolg geschildert hatte, gab Winter vom christlichen Verband folgende Erklärung ab:

„Wir als christliche Metallarbeiterverbandsmitglieder haben nun fast sieben Wochen mit Ihnen (den Sozialdemokraten) einmütig zusammengehalten und einen glänzenden Sieg errungen. Im Interesse des Gelingens der Bewegung habe ich bisher über manche Vorkomm-

nisse während diesem Streik geschwiegen. In diesem Augenblick und an dieser Stelle habe ich es jedoch für meine Pflicht zu sehen. Man hat uns christlich organisierte Arbeiter anfänglich verächtlich, uns wurde unterzogen, daß wir nur deshalb in der Lohnkommission vertreten sein wollten, um auszuweichen, was im Arbeiterlager vorgehe, um den Unternehmern davon Mitteilung zu machen. Wir wurden so als Streikverräter denunziert. Auch wurde in Zweifel gezogen, ob wir bei dem Streik „Stange halten“ würden. Der Streik ist nun beendet. Wie wir gelächelt und uns betrogen haben, haben Sie Gelegenheit gehabt, zu beurteilen. In Gegenwart von Freunden und Feinden der christlichen Gewerkschaften, die hier vertreten sind, behaupte ich: Wenn dieser Streik gewonnen worden ist, dann ist dieses Resultat in allererster Linie dem Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken.“

Diese Erklärung löste bei den Streikenden stürmischen Beifall und Händeklatschen aus. Die Streikleitung und der soziald. Beamte Fröngel bekundeten eifriges Schweigen. Ohne unser Eingreifen wäre auch dieser Kampf gleich so vielen anderen, die von den Sozialdemokraten geführt wurden, verloren gegangen. Mögen die Danziger Kollegen durch treues Festhalten an der Organisation bestrebt sein, das Erreungene zu erhalten.

Ueber ein für die Zustände im sozialdemokratischen Lager bezeichnendes Nachspiel zu der vorstehend geschilderten Bewegung berichten die „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 2. September:

Der christliche Metallarbeiterverband hatte zu Mittwoch, den 1. September, im St. Josephshaus eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ einberufen. Kollege Winter-Berlin sollte referieren. Da der sozialdemokratische Verbandsbeamte Herr Fröngel durch vertrauliches Mundschreiben seine Deute bestimmt hatte, schon eine Stunde vor der festgesetzten Zeit die Versammlung zu besuchen, war der Besuch ein beängstigend großer. Bei Eröffnung beauftragte Herr Fröngel Bureauwahl. Kollege Winter lehnte dies ab mit dem Bemerkten, daß ja die Mehrzahl der Anwesenden christlich gesinnte Leute seien, aber insoweit des von Fröngel versandten Mundschreibens die Anhänger der Sozialisten die Abhaltung der Versammlung unmöglich machten. Die christlichen Arbeiter wurden aufgefordert, den zweiten Saal zu besetzen und darauf die Versammlung geschlossen. In diesem Moment stürmten die sozialdemokratischen Arbeiter die „Marzellstraße“ an. Einmal der christlichen Arbeiter sang man „Heil dir im Siegerkranz“ und „Deutschland, Deutschland über alles“. Die Sozialdemokraten gebärdeten sich wie lobflehig. Erst durch Eingreifen von dreißig Polizeibeamten war es möglich, die Eindringlinge aus dem Saal zu entfernen.

Jetzt sammelten sich die christlichen Arbeiter wieder im großen Saal. In wenigen Minuten war auch die Galerie besetzt, und nun erst konnte die Versammlung stattfinden. Herr Winter besprach das vom sozialdemokratischen Verband verteilte Flugblatt und wandte sich gegen die darin enthaltenen Erklärungen. Nach längerer Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 1. September im Hotel „St. Josephshaus“ tagende öffentliche Versammlung, welche vom christlichen Metallarbeiterverband einberufen ist, verurteilt aus entschuldigender, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverbandesbeamte Herr Paul Fröngel durch Verwendung eines entprechend abgefaßten Geheimzirkulars seine Mitglieder zur Aufführung von Ständchen, die die Abhaltung der Versammlung unmöglich machen sollten und zur Gehbehinderung der Polizei führten, veranlaßt hat. Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen Fröngels nur einen demagogischen Versuch, sein über alle Massen unqualifizierbares Verhalten gelegentlich des Klempnerstreiks zu verdecken. Die Versammlung hält die Stärkung der christlichen Gewerkschaften für das beste Mittel, Vorkommnisse, wie sie die Klempnerbewegung gezeitigt, zu beheben. Alle christlich gesinnten Arbeiter Danzigs werden daher ersucht, durch Eintritt in einen Berufsverband den Einfluß der christlichen Gewerkschaften zu mehren.“

Zum schwedischen Generalstreik.

Der Miesenkampf in Schweden scheint seinem baldigen Ende nahe zu sein. Zwischen einzelnen Unternehmergruppen und den Arbeitern haben Verhandlungen stattgefunden, die zu einer partiellen Verständigung geführt haben. Demgemäß soll am 6. September bei den nicht dem schwedischen Arbeitgeberverband angehörenden Unternehmern die Arbeit aufgenommen werden. Eine in diesem Sinne gehaltene Aufforderung ist von der schwedischen Gewerkschaftsleitung an die Arbeiter ergangen; inwieweit sie praktisch durchgeführt ist, läßt sich beim Niederschreiben dieser Zeilen noch nicht übersehen. Soviel steht jedoch heute schon fest, daß die Idee des Generalstreiks wieder einmal Fiasco erlitten hat. Ein neuer Beweis dafür, daß die christlichen Gewerkschaften recht daran tun, dieses Machtmittel als unbrauchbar im gewerkschaftlichen Kampfe abzulehnen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Oblig. Auf dem Eisen- und Stahlwerke stehen die Arbeiter im Streik wegen Lohnabzug.

Olberg. Auf der Olberger Eisenhütte sind Differenzen ausgebrochen für die Schlosser.

Solnhofen. Im Lithographiesteingebiet sind sämtliche Arbeiter ausgesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. September 1909 der siebenunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 19. September fällig.

Die Ortsgruppe Chemnitz erhält die Genehmigung zur Erhebung eines monatlichen Lokalbeitrages von 10 Pf. Nichtbezahlung dieses Zuschlages zieht den Verlust statutarischer Rechte nach sich.

Frankfurt a. M. Das Mitgledsbuch Nr. 91201 Cromholz Wilhelm, Mechaniker, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Thale a. Harz. Oberstes Prinzip der christl. Gewerkschaften war von jeher, der Lohnarbeiterklasse eine bessere dauernde Lebenshaltung zu verschaffen. Dem Umstand ist es auch zu verdanken, daß sie im wirtschaftlichen Kampfe nicht mehr ignoriert werden können. Sie sind ihrer Pflicht und Aufgabe als Organisation der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe mit dem Unternehmertum zur Erreichung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft stets bewußt geblieben; sie sind den daraus sich ergebenden Konsequenzen auch nie feige ausgewichen, sondern mit voller Fähigkeit und Ausdauer ihren Weg gegangen, stets sich bemüht der Verantwortlichkeit gegenüber Staat und Gesellschaft.

Aus diesem Grunde heraus bezeichnete man von scharfmacherischer Seite die christlichen Gewerkschaften als gefährlicher wie die sozialdemokratischen. Die christlichen Gewerkschaften sind gegenwärtig noch Kampforganisationen; nicht um des Kampfes willen, sondern des zu erstrebenden Friedens willen. Der soziale Friede ist ihr Ziel. Diese Gedanken, daß unsere Organisation keine Kranken- oder Unterstützungsverein darstellt, waren auch für unsere Kollegen in der hiesigen Ortsgruppe maßgebend. Der frühere Beschluß, daß die Lokalkasse bei Erwerbslosigkeit bei Krankheit die erste und zweite Woche Unterstützung gewährt, wurde in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Ende Juli einstimmig aufgehoben. Die Lokalkasse wird nur noch außergewöhnliche und besonders notwendige Krankheitsfälle der einzelnen Kollegen durch eine freiwillige Unterstützung berücksichtigen.

Da einzelnen Kollegen dies noch unbekannt zu sein scheint, sei es hiermit nochmals mitgeteilt, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob Geheimratskrämerei obwalte. Diejenigen Kollegen, die öfter mit kürzeren Krankheitsfällen zu rechnen haben, steht ja die 90 Pf.-Kasse offen. Sie sind somit gar nicht genötigt, noch in eine andere Hilfskassenklasse einzutreten.

Im übrigen möge ein Gewerkschaftler nie vergessen, daß der Arbeiterschaft nicht geholfen ist durch eine hohe Krankenunterstützung, wenn sie hernach wieder in das alte, schlechte, geringentlohnige Arbeitsverhältnis eintreten muß. — Wirklich geholfen ist dem Arbeiter erst dann, wenn er das ganze Jahr hindurch einen ordentlichen Wochenverdienst zu verzeichnen hat, dann kann er sich über zwei Wochen Krankheit leicht hinweghelfen. Nach dieser Richtung hin bei der Arbeiterschaft aufzuräumen zu wirken, soll auch in Zukunft unsere Aufgabe sein.

München. Unsere Monatsversammlung vom 21. ds. Mts. nahm einen anregenden Verlauf. An Stelle des verhinderten Abg. Königbauer behandelte Kollege Masche den 1. Punkt der Tagesordnung: „Der Einfluß des Staates auf die Bewegung des Wirtschaftsmarktes“. In eingehender Weise schilderte Redner die noch allgemein besonders in der Eisenindustrie anhaltende ungünstige Wirtschaftslage und übte Kritik an dem Verhalten der staatlichen Verwaltungen, die nicht genügend Initiative entfalten, um den Markt zu beleben. Wenn auch staatsfremd durch halbhoftige Bekanntmachungen betont wird, daß der Staat über genügend Verkehrsmittel etc. verfügt, so mußte doch auch gesagt werden, daß die sicher eintretende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung größere Anforderungen an die staatlichen Verwaltungen stellen werde, als das jetzt der Fall ist. Kritik aber die Hochkonjunktur ein, dann sehen sich die Staatsverwaltungen wieder, wie schon so oft, vor die Unmöglichkeit gestellt, den aus höchster gesteigerten Bedürfnissen nachkommen zu können. Darum müsse mit aller Deutlichkeit vom Staate verlangt werden, daß er sich seiner Pflicht nicht entziehe, und in den jetzigen ungünstigen Zeiten seine Bestellungen auf den Markt bringe, damit neues Leben wiederkehrt und die Arbeiter vor allzulanger Arbeitslosigkeit bewahrt bleiben.

Nach sehr anregender Diskussion kam eine Resolution (siehe unter Soziales) einstimmig zur Annahme. Den Massenbericht gab Kollege Wagner. Es ist daraus zu ersehen, daß sich die Gesamtzahl der verkauften Beitragsmarken um 41 erhöht hat. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Reiseunterstützung 150 M., Arbeitslosenunterstützung 162,01 M., Krankenunterstützung 481,76 M., Umzugsunterstützung 60 M., Ortsunterstützung 14 M. Gegen das 1. Quartar hat sich die Gesamtsumme der ausbezahlten Unterstützungen um 130,03 M. verringert.

Mit vollem Recht wurde in der Debatte von einem Kollegen hervorgehoben, daß die Krankenunterstützung mit 481,76 M. in einem ungeheuren Verhältnis stehe zur Arbeitslosenunterstützung mit 162,01 M. Im Krankheitsfälle sei jeder Kollege anderweitig versichert, nicht aber im Falle der Arbeitslosigkeit. Es sei vielleicht Aufgabe der nächsten Verbandsgeneralversammlung, diese Frage näher zu prüfen. Unser Verband habe die Krankenunterstützung eingeführt, um der Konkurrenz der gewerkschaftlichen Verbände zu begegnen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sei aber geiziger als wir, seine Unterstützungen zu reduzieren und wird sie noch mehr reduzieren müssen. Allein die Ortsgruppe München des

2. Quartal einen Zuschuß von 20 000 Mk. von der Zentrale, um die Unterstellungen auszuführen zu können. Das Unterstellungsprinzip dürfte nicht überspannt werden, sonst blieben keine Mittel für rein gewerkschaftliche Aufgaben.

Unter Verschiedenes wurden verschiedene Angelegenheiten besprochen, die sich mit der Regelung der Verwaltungsgeschäfte befaßten. In seinem Schlußwort appellierte Kollege Masche an die Arbeitsfreudigkeit aller Mitglieder. Mit aller Energie müsse darnach gestrebt werden, in diesem Quartal die Ortsgruppe einen weiteren Schritt vorwärts zu bringen. Unter Zusammenfassung aller Kräfte wird und muß es möglich sein, die Fernstehenden für unsere Sache zu gewinnen, damit das nächste Quartal eine ebenso günstige Entwicklung aufweisen kann, wie das Zweite.

Wegdorf-Kirchen. Unlängst war es den H.-D. in Wegdorf, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vergönnt, ihr 25-jähriges Jubiläum zu feiern. Es sei der Versuchung widerstanden, einen Mißstand auf ihr Wirken zu werfen; nur sei erwähnt, daß schon vor Jahren ihr damaliger Bezirksleiter beim Generalrat beantragt hatte, den Verein aufzulösen. Als die H.-D. 1906 dazu übergingen, Beamten freizustellen, sollten auch hier einmal Arbeiterinteressen vertreten werden. Herr Ziegler — welsch in Siegen — wurde mit der Aufgabe betraut. Durch eine inzentrierte Bewegung, die namentlich der Wegdorfer Waggonfabrik galt, hatte er denn auch einige Leute gewonnen. Als aber die aufgepeitschte Stimmung unter den Arbeitern des Werks den Höhepunkt erreichte, verdriftete Herr Z. auf Nimmerwiedersehen.

Es folgte noch ein anderes: Die Reichstagsauflösung und Neuwahl Anfang 1907 brachte bekanntlich die H.-D. in einen neuen Kurs. Die schmächtige, namentlich die konfessionell verhebende Schreibweise ihrer Blätter, dazu das schände Verdrüßten Z's brachte es mit sich, daß das junge Gewerkschaftsleben schon im Keime erstickt wurde. In dem auf 50 Mitglieder gebrachten Ortsverein verblieben in Kürze nur noch 15. Das arbeiter-schlägliche Tun der H.-D. Funktionäre bedingte es, daß einige H.-D. hier den christlichen Metallarbeiterverband einführten.

In Unbetracht dessen mag es nun recht schwer gefallen haben, auf der erwähnten Jubiläumstunde eine Festsprache zu halten. Einen Mißstand werfen, ohne sich selbst zu überlegen, konnte man nicht. Um aber doch dem Jubiläum ein Opfer zu bringen, treibt man rasch die hiesigen Gründer unseres Verbandes als Sündenböcke auf. Man kann dieses verstehen, denn am Jubiläumstage wird wohl Z. sich selbst gesagt haben: „Ne, mit den Trümmern kannst du keinen Staat machen, die Besten sind dir durchgegangen!“ Dieser Umstand wird ihn wohl auch zu mancherlei Ausfällen verleitet haben. Gewiss, er ist jedoch nicht er, wenn er ehrlich handelte, auch rein gar nichts auf die hiesigen Gründer unseres Verbandes werfen. Das Abwälzen der Schuld auf andere ist ja nun einmal bei den H.-D. § 1; jedoch sollte man sich hüten, wenn man den Budek nicht rein hat. Öffentlich wird's verstanden! Schon wollte man sich ins Unternehmliche schiden, als plötzlich am fernem Horizont dem Z. und Genossen ein „Glücksstern“ erschien.

Wie gleich ein blindes Huhn, wenn es ein Körnchen gefunden hat, laut aufgackert, um zu zeigen, daß es nun doch grad nicht so ganz hilflos ist, machen es auch die hiesigen H.-D. mit folgendem: Ein Streit, der das Arbeitserhältnis betraf, zwischen unserm Mitglied D. und dem H.-D. Führer Z. Knoll brachte es mit sich, daß D. — als ihn K. einen „blödsinnigen Hund“ genannt — sich soweit vergaß und seinem Gegner eine Ohrfeige ver-setzte. Als K. dann auf D. lospringt, paralyisiert er ihn ab, wobei er ihm mit dem Hammer eine unbedeutende Hautabschürfung beibringt.

Diese Bagatelle, so unerfreulich aber auch so harmlos wie sie ist, mußte geordnet werden. Gleich holte sich Herr Z. seine Disposition der Jubiläumssprache wieder hervor, spickt sie mit der „Mordtat“ und einer Hauboll an den Haaren herbeigezogenen Entstellungen und Un-wahrheiten berart, daß aus dem Floß ein Elefant wird und veröffentlicht das ganze Ragout in der Nr. 35 des „Regulator“. Daß ein anderer den Artikel verbrochen hat, ist unglücklich. Die hiesigen H.-D., die den Sach-verhalt kannten, halten wir nicht für so weit herunter-gekommen. Der Artikel enthält zudem auch dieselben Wiederwärtigkeiten, die Z. in einer öffentlichen Versamm-lung in Kirchen gegen unsern Kollegen M. feststellte.

Nehmen wir den Artikel mal etwas unter die Lupe. Es ist zunächst eine Frage Mühe, daß „mit Hilfe der Weisheit und einiger politischer Fanatiker“ unsere hiesige Zahlstelle gegründet worden ist. Dieselbe ging vielmehr vor sich aus freiem Entschluß der betr. Kollegen, kein Außenstehender hat dazu beitragen können.

„Ohne jegliche Ursache, lediglich aus organisatorischem Haß“ soll D. den K. geschlagen haben. Stimmt auch nicht! Die grundsätzliche Ursache, weshalb in der Kessel-schmiede der hiesigen Lokomotivfabrik die Arbeiter der verschiedenen Organisationsrichtungen sich so in den Haaren liegen, ist nicht weit von Herrn Z. Die Befürchtung, daß die H.-D. mit der Zeit hier unterpaden könnten, veranlaßt ihre Funktionäre, daß sie gegenüber Anders-denkenden die widerlichsten Stücke ausführen. Hin aus mit Allen, was sich für die H.-D. Dundererei nicht er-wärmen kann, ist ihre Parole! Mancherlei Schleichwege wurden schon probiert, u. a. auch schon solche, die der Erkenschen Spießbüchsenart ähnelten. Die ganzen Expe-riente haben bis dato jedoch keinen Erfolg gehabt. Gegenwärtig appelliert man an die niedrigsten Instanzen und rettet auf den einzelnen unserer Mitglieder herum, so auch auf unsern Kollegen D., der gegenüber dieser Heße die nötige Ratschuldigkeit nicht besitzt. Daß er dem K. einen Schlag verleiht, bebauten nicht nur wir, sondern auch D. selbst. Öffentlich erweist es aber, daß ihm nach den Umständen der gemeinsten Art schließlich ein-mal die Galle überlaufen ist, wie man zu sagen pflegt. Daß Kollege D. ein gewaltiger Führer“ ist, erstickt nur im H.-D. Gehirn, darauf hat D. nie Anspruch erhoben.

Von der sofortigen Entlassung D's wurde ferner nicht Abstand genommen auf Wunsch des K., sondern daß D. nicht entlassen wurde, ist zurückzuführen auf die Unter-nutzung des Sozialen seitens der Betriebsleitung. Dage-gen nun jedoch Belastendes auf D. gebracht, was es Z.

darstellte, dann hätte er allerdings aufhören müssen. Wenn die H.-D. nicht gern gesehen hätten, daß D. die Abkehr erheilt, warum sprachen sie denn den „Ball um die Ecke gekommenen“ K. zum Herrn Kommerzienrat? Ein Schlag mit dem Hammer war es zudem auch nicht, sondern vielmehr nur ein Stoß. Wo wir dieses schreiben 14 Tage nach der „schrecklichen“ Tat, kann man von der Schramme fast nichts mehr sehen.

Der Hinweis im „Regulator“ auf die Ausschusmit-gliedschaft D. ist ebenfalls sehr bepläzert. Gewiß sollen solche den anderen als gutes Beispiel vorangehen. Herr Z. hätte aber auch seine Mitglieder dahin instruieren sollen, daß man solchen Leuten auch mit Vertrauen und einer gewissen Achtung begegnete und sie nicht verärgerte und anpöbelte, wo es nur möglich ist. Kollegen aus dem H.-D. Verein, die mit D. dem Ausschuß angehörten, er-lärten auf Anfrage unserm Bezirksleiter, daß sie ab-solut D. in keinem Fall etwas in die Wege legen und ihm nur das beste Zeugnis ausstellen könnten!

Wenn dann ferner dem „Neberchriften M.“ der sein Heim geweiht hat, nochmal von Z. der „Hof ge-macht“ wird, so läßt den das kalt. In Unbetracht des Sprichworts „Alte Liebe rostet nicht“ kann man es aber auch verstehen; selbst für den Fall, daß das Verhält-nis schon bald 3 Jahre gelöst ist. Um aber doch weiterem Positieren Z's gründlich abzuklagen, möge er sich folgen-des merken: Die Kollegen von uns, die damals sich des „dreifigen Hemdes“ entledigten und jetzt in saube-rem Kleidung sich bewegen, haben absolut kein Verlangen mehr nach den H.-D. Fleischtöpfen.

Wider besseres Wissen versuchte man M. auch Artikel in der hiesigen Presse aufzuhallen und die sollen auch die Schuld an der „Mordtat“ sein. Buerst hält einmal unser Kollege D. die betreffende Zeitung nicht und ob K. sie überhaupt lesen kann, soll nach Ansicht von Leuten, die ihn näher kennen, sehr fraglich sein.

Was M. in dem erwähnten Schreiben versprochen, hat er sich auch redlich bestrebt, zu halten. Allein es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Mit der übergroßen Majorität der H.-D. Mitglieder verkehrt nicht nur M., son-bern alle unsere Kollegen in den besten Beziehungen. Wenn einige Höglinge und gelehrige Schüler Ziegler's aber allzu paßig werden, gibts „auf jeden Scheitel an-berthalben“. Reiben sie sich dann ihr geschundenes Rück-grat und kreischen auf, so ist das ja hart, aber auch wohlverdient.

Nun noch ein Wort bezüglich der „Zentrumspolitik“, die wir betreiben sollen. Wenn Z. bei jenen, auf die er früher so große Stücke gelegt hat, nicht den aller-leksten Rest von Achtung verlieren will, fordern wir von ihm, daß er uns bewiesen soll, wo wir jemals in unse-rer Ortsgruppe, oder innerhalb unserer Bewegung Agita-tion für die Zentrums- oder eine sonstige politische Partei getrieben haben? Also heraus mit Beweisen, sonst sehen wir uns noch wieder und nicht zu knapp!

Landshut. Am Samstag, den 28. August sprach in einer gut besuchten Versammlung im Moserbräu Be-zirksleiter Masche über: „Die neuesten Ereignisse im Ge-werkschaftsleben“. Überall, so führte Redner aus, biete das Gewerkschaftsleben wichtige Erscheinungen, die der größten Beachtung bedürften. Habe der Kongreß der christlichen Gewerkschaften am 18. Juli in Köln den Beweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften ge-sund sind im Fundament und Aufbau, so sei das die Vereinzerten der Diskussion über die Finanzreform in das Gebiet der gewerkschaftlichen Erörterungen von seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften nur ein Beweis dafür, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften, allen voran der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, ihre Mitglieder mit nichtgewerkschaftlichen Dingen über den eigenen inneren Dalles hinweg zu täuschen versuchten. Die christlichen Gewerkschaften hätten mit der Finanz-reform nichts zu tun und lehnten die Verantwortung dafür ab. Es sei in jeglicher Zeit, wo die Angriffe der Gegner zahlreicher seien als je zuvor, Pflicht eines jeden christlich-organisierten Kollegen, durch eifriges Lesen des Verbandsorganes und der sonstigen gewerkschaftlichen Literatur sich das Rüstzeug zur Abwehr der Gegner an-zueignen. Auch müsse ein jeder Kollege, getreu seinem gegebenen Versprechen, stets für den Verband tätig zu sein, mit mehrerem Eifer agieren, damit die Zahl der Mitglieder und gleichzeitig auch der Einfluß des Ver-bandes ein größerer werde. Reicher Beifall lohnte den Redner.

In der Diskussion wurden verschiedene Vorkomm-nisse im Landshuter Gewerkschaftsleben besprochen und allseitig betont, daß eine lebhaftere Agitation einsetzen müsse. — Kollegen von Landshut, beherzigt den an Euch ergangenen Ruf zur Mitarbeit. Es gilt Euer eigenes Wohl zu fördern.

Straubing. In unserer gut besuchten Monats-versammlung sprach am Sonntag, den 29. August Be-zirksleiter Masche über: „Der köstliche Kongreß und das neueste aus dem Gewerkschaftsleben“. Es sei eine glück-liche Entwicklung, die die christlichen Gewerkschaften in den zehn Jahren ihres Bestehens genommen hätten. Durchgeh seien die Hindernisse gewesen, die im Laufe der Zeit überwunden werden mußten, aber die christlichen Gewerkschaftler hätten sich noch allezeit als eine Schar unerschrockener Männer erwiesen und ihre Arbeit sei von Erfolgen gekrönt. Mit der gleichen Hingebung und Opfer-willigkeit, mit der einst die alten Knaben die Sache der christlichen Gewerkschaften aufzudeten und verteidigten, müßten auch heute, ganz besonders die jüngeren Kol-legen für den Verband arbeiten und denselben zu för-dern suchen. Es sei ein unglückliches Zeichen, wenn die jüngeren Kollegen nur noch Sinn für Tanz und Festsang hätten, aber ihre ernstlichen Pflichten vernachlässigten. Durch opferfreudiges Zusammenarbeiten aller Kollegen sei es möglich gewesen die christlichen Gewerkschaften das wer-den zu lassen, zu dem sie geworden sind und wenn alle Kollegen in diesem Geiste sich dem Verbands widmen, dann würden auch zu den bisherigen, neue Erfolge zu-erreichen sein.

Im weiteren Verlauf Redner das Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaften anlässlich der Finanz-reform. Mit aller Entschiedenheit müsse die Kampfes-

weise der „Genossen“ gebrandmarkt werden, da sie nichts anderes im Schilde führen, als die Arbeiter gegen-einander aufzuheben und durch diese ganze Komödie die eigene Ohnmacht und den inneren Zwiespalt zu vertuschen.

In der Diskussion, die eine sehr lebhaft war, wurde dem Referenten vollste Zustimmung zuteil. Ganz be-sonders begrüßte die Versammlung die Aufklärung über unsere Stellung zur Finanzreform.

Die Straubinger Kollegen werden nun ihre Ehre da-rin suchen, das Gehörte in die Praxis umzusetzen und tatkräftig für den Verband zu wirken. Wenn jeder Kollege seine volle Pflicht tut, kann die Mitgliederzahl noch bedeutend erhöht werden. — Darum, frisch ans Werk!

Necklinghausen. (Sektion König Ludwig.) Einen scharfen Protest gegen das ungerechte Vorgehen der Leitung der Zeche König Ludwig bildete die am 29. August von den vereinigten Sektionen der christl. Gewerkschaften von Necklinghausen-Eisb. einberufene öffentliche Versammlung, welche von ungefähr 800—1000 Arbeitern besucht war. Kollege Engel (Wochum) kennzeichnete bei Beginn seines Vortrages die ungerechte Handlungsweise der Leitung der Zeche, die den Kollegen D. wegen Zu-gehörigkeit zum christl. Metallarbeiterverband auf's Pfahler geworfen hatte. (Siehe Nr. 31 unseres Verbandsorgans unter Necklinghausen, König Ludwig.) Redner gestellte be-sonders scharf das Verhalten des Direktors der Zeche, welcher ein Schreiben an den Magistrat von Necklinghausen gerichtet hatte, in welchem ausgeführt war, daß Kollege D. als lästig entlassen worden sei. Der Kollege hatte sich nämlich, nachdem er arbeitslos geworden war, auf eine Schuldenstelle gemeldet, zu welcher derselbe auch von der Schuldeputation fast einstimmig gewählt wor-den war, nachher von dem Magistrat aber abgelehnt wurde. Wahrscheinlich hat das Schreiben des Zeche-direktors seinen Zweck erfüllt.

Ferner beantwortete der Redner die Frage: Was wollen wir denn in den christlichen Organisationen? Er schilderte zum Schluß die traurige Lage der Zeche-Metall- und Tagesarbeiter, die allen Grund und Ur-sache hätten, sich in dem christlichen Metallarbeiterver-bande eine Stütze zu schaffen, um die vielen Mißstände zu beseitigen. Von den Diskussionsredner wurde betont, daß man es der großen Anzahl der indifferenten Ar-beiter verdanken könnte, daß die Unternehmer noch solche Maßnahmen gegen die organisierten Arbeiter treffen könn-ten. Einstimmig wurde dann folgende Organisation an-genommen:

„Die heute im Saale des Herrn Ludwig Sille, König Ludwig, tagende, von etwa 800—1000 Arbeitern besuchte Versammlung protestiert entschieden gegen die Handlungsweise der Leitung der Zeche König Ludwig, weil dieselbe einen Arbeiter wegen Zugehörigkeit zum christlichen Metall-arbeiterverbande entlassen hat. Doch damit nicht genug! Die Zeche versuchte auch noch den Arbeiter D. dauernd außer Stellung zu bringen und broßlos zu machen. Die Versammlung spricht ihre tiefste Entrüstung darüber aus, erwartet aber, daß die Zeche ihr Gerechtigkeitsgefühl walten läßt, damit die Sache aus der Welt geschafft wird. Allen Arbeitern empfiehlt die Versammlung, sich den Gewerkschaften anzuschließen.“

Mit einem brausenden Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen. Die Unterdrückungsversuche der Zecheverwaltung haben das Gegenteil des gewollten Zweckes erreicht, da der Ver-band infolge dieses Vorgehens bedeutenden Zuwachs er-fahren hat. Kollegen, hoch die Fahne der Organisation! Einem in den christlichen Metallarbeiterverband!

Osberg. Auf der Osberger Hütte wurden vor-erzür Zeit neue Defen eingeführt. Als Beschlaglohn forderten unsere Kollegen in der Schlosserei für diese Defen 1,50 Mark pro Stück, am Lohnstage erhielten die-selben aber nur 1,20 Mark ausbezahlt. Als sich unser Kollege hierüber bei der Werksleitung beschwerten, er-hielten sie die Antwort: Mehr hätte der Meister nicht angegeben, sie sollten sich mit dem Meister einigen, denn was der ansieht, wäre für die Werksleitung maßgebend. Unsere Kollegen wandten sich mit ihrer Beschwerde an den betreffenden Meister. Der aber meinte, der Preis sei hoch genug, und wenn sie die Defen dafür nicht machen könnten, sollten sie dieselben stehen lassen.

Dieser freundlichen Rat des Meisters befolgten unsere Kollegen dann auch; aber nun wurden zwei unserer Kollegen von eben diesem Meister gefündigt, weil sie jenen Rat befolgten. Die Werksleitung schickte nun einige Defen zu einem Privatlohnmeister, um dieselben dort beschlagen zu lassen. Damit unsere Kollegen ohne Arbeit waren, wurden alle anderen Defen zurückgestellt; unsere Kollegen arbeiteten lieber garnicht, als daß sie die Defen für den einseitig festgesetzten Preis gemacht hätten.

Mittlerweile kam aber von dem andern Schlosser-meister die Antwort, er könne die Defen für einen solchen Preis nicht machen und forderte einen weit höheren. Die Werksleitung einigte sich nun mit unsern Kollegen dahin, daß für die Defen 1,40 Mark Beschlaglohn fest-gesetzt wurde, welches für unsere Kollegen 60 Pfennige pro Tag ausmachte. Die Rindigung wurde zurückgenommen, womit die Sache für uns erledigt war.

Durch das ruhige und besonnene Vorgehen unserer organisierten Kollegen ist die Firma zum Nachgeben ver-anlaßt und der Erfolg erzielt worden. Hoffentlich lernen die uns noch fernstehenden Kollegen auch hieraus den Wert und Nutzen des Zusammenschlusses in der Orga-nisation.

Willingen. Am Donnerstag den 26. August fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Bezirks-leiter Engel über die Vorgänge in Woblich-Mehrfelder referierte. In eingehender Weise schilderte Redner die Ursachen des Streiks, das ablehnende Verhalten der Fa-brikdirektion gegenüber den Forderungen der Arbeiter, welches schließlich Anlaß zum Streit gab. Ferner he-leuchtete Redner die tendenziöse Berichterstattung der sog. Presse und die niedrige Kampfweise des soziald. Be-zirksleiters Mörner aus Gannow. Zur Diskussion stellte sich auch ein soziald. Redner, der das Verhalten seiner Genossen beurteilte. Daim machte er aber den Ver-such, den Postarif und die neuen Steuern auf die christlichen Gewerkschaften abzuwälzen.

Der Referent bereitet ihm aber eine gründliche Auf- fuhr unter großer Heiterkeit der Versammlung. Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution angenom- men:

„Die heute im „Löwen“ tagende Versammlung verur- teilt die Vorgänge in Badisch-Rheinfelden, besonders das arbeiterverräterische, unkollegiale Verhalten der sozialdem. Presse. Dem Streikleiter Engel spricht sie ihre volle Sympa- thie aus. Aus den Vorgängen zieht sie auch die Lehre, daß nur die christlichen Gewerkschaften imstande sind, die Interessen der Arbeiter zu wahren und zu fördern.“

Duisburg-Muhrort. (Nochmals pöbelhafte persönliche Kampfesweise.) In Nr. 35 unseres Organs sind die persönlichen Anrempelungen seitens des Hirsch-Dunder'schen „Regulators“ gegen unsere Kollegen Franzén und Wernerus gekennzeichnet. Da nun der „Regulator“ in seiner letzten Nummer die persönliche Hebe fortsetzt, sehen wir uns veranlaßt, auf den wahren Sachverhalt nochmals näher einzugehen.

Im Jahre 1908 fanden in Duisburg-Meiderich die Ge- werbegerichtswahlen statt. Die evangelischen Arbeitervereine waren bis dahin mit den lathol. Arbeitervereinen und den christl. Gewerkschaften gemeinsam vorgegangen. Dieses war den Hirsch-Dunder'schen, welche in letzter Zeit die evang. Arbeitervereine vor ihren verfahrenen Karren spannen wollten, ein Dorn im Auge. Sie suchten mit allen Mitteln das gute Verhältnis zwischen den Verbün- deten zu untergraben. Da es ihnen aber an sachlichen Momenten mangelte, suchten sie die Sache auf den per- sönlichen Karren zu laden. Gegen die Führer der christ- lichen Gewerkschaften, vor allem gegen den Kollegen Franzen, wurde gehetzt mit allen möglichen Mitteln. Nach der Gewerbegerichtswahl wurde dieses fortgesetzt. Sachen, die mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun hatten, wurden von den Hirsch-Dunder'schen an den Haaren her- beigezogen, um der Fahnenflucht in den eigenen Reihen Einhalt zu tun. In einer Versammlung des evangelischen Arbeitervereins in Meiderich im Oktober 1908 verleumdete ein Hirsch-Dunder den Kollegen Franzen; letzterer sollte in einer Vorstands- und Aufsichtsratsitzung des Kon- sumvereins „Selbsthilfe“ (also keiner Gewerkschaft) gegen- über den Lesern einer liberalen Zeitung beleidigende Äußerungen gemacht haben. Die ganze Sache hat also mit der Gewerkschaft resp. mit unserm Verband nicht das geringste zu tun. Die H.-D. „Abeln“ und Ruhrpost“ verbreitete die Verleumdung weiter. In einer Versamm- lung nannte Kollege Franzen den Sprecher aus der Ver- sammlung des evang. Arbeitervereins solange einen Lüg- ner und Verleumder, bis er die über ihm astans Äuße- rung zurücknahm oder den Wahrheitsbeweis erbringe.

Kollege Franzen wurde hierfür wegen formaler Be- leidigung bestraft, seine Widerklage dagegen eigenlüt- ticherweise abgelehnt. Durch Säumnigkeit des Rechtsanwalts von Franzen unterblieb die Berufung, und so wurde das Urteil rechtskräftig.

Gegen den eigentlichen Urheber der verleumderischen Ausführungen — einem früheren christlichen Gewerkschaftler — sowie gegen den damaligen Redakteur der „Rhein- und Ruhrpost“, Abelung, strengte Franzen Privatklage an. Wenn auch in der Berufungsinstanz der erstere auf Grund des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) freige- sprochen wurde, so ist doch aus dem Urteil zu ersehen, wie leichtfertig die Hirsch-Dunder mit Behauptungen um- springen. In dem Urteil heißt es:

„Das Berufungsgericht ist nun, im Gegensatz zu dem Vorderrichter, der Ansicht, daß in der Vorstandssitzung vom 6. Dezember 1905 die von dem Angeklagten behaupteten Worte des Privatklägers Franzen nicht gefallen sind, da die Teilnehmer an dieser Sitzung, soweit sie mit dem Privatkläger an dem nämlichen Tische saßen und in der Hauptverhandlung vernommen worden sind, übereinstimmend bekunden, daß sie die angebliche Äuße- rung nicht gehört haben, und in überzeugender Weise begründen, daß sie die Äußerung, wenn sie gefallen wäre, unbedingt hätten hören müssen.“

Hieraus geht zur Genüge hervor, daß Franzen die Äußerung nicht getan und auch wahrheitswibrig ver- leumdet worden ist. — In der Verhandlung mit dem Redakteur Abelung kam es zu folgendem Vergleich:

„Der Angeklagte erklärt, daß er nicht die Absicht gehabt habe, dem Privatkläger Franzen durch den Arti- kel in Nr. 41 der „Rhein- und Ruhrpost“ vom 10. Ok- tober 1908 zu beleidigen und daß er, nachdem vom Landgericht festgestellt worden, daß die fragliche Äuße- rung nicht gefallen, er das Gegenteil nicht aufrecht er- halten wollte.“

Als es sich um die Kostenfrage handelte, erklärte der Anwalt von Abelung, und dieser bestätigte es: Abe- lung habe freien Rechtsschutz, er würde aber vom Ge- werbeverein die Kosten nicht bewilligt bekommen.“

Soweit der wahre Sachverhalt. Aus demselben ergibt sich, daß der Verband mit dieser Prozeßgeschichte absolut nichts zu tun hat und daß die Hirsch-Dunder trotz des blamablen Ausgangs für sich Kapital daraus schlagen wollen.

Übrigens sollten die H.-D. doch nicht mit Steinen werfen, wo sie selbst im Glashaus sitzen. Haben sie denn keine Beamten, die als Verurteilte die Gerichtskosten nicht bezahlen und ergebnislos geklagt wurden. Wie war es doch seiner Zeit mit Jacobs-Essen und Stro- felf-Breslau? Wir haben von dieser H.-D. finanziellen Impotenz keine Notiz genommen, es war uns zu klein- lüch. Anders natürlich die H.-D. Blätter, die nun ein- mal ohne persönliche Anrempelungen nicht auskommen können.

Soziales.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine (Sitz Köln) hielt am 22. und 23. August in Köln in der Bürger- gesellschaft seinen 2. Verbandstag ab. Derselbe war außerordentlich stark besucht und war ein Beweis dafür, daß genannter Verband im Westen Deutschlands bereits feste Wurzeln geschlagen hat. Nach einer herzlichen Be- gegnung durch den Vorsitzenden, Herrn Verbandsdirektor

Schlad-Mülheim (Rhein), erstattete derselbe den Geschäfts- bericht, aus dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Der Verband umfaßt heute bereits 64 Vereine und steht hiermit in Rheinland und Westfalen an 2. Stelle. Die Zahl der Mitglieder beträgt 40 000. Der im verflo- ssenen Jahre erzielte Gesamtumsatz betrug 9 717 112,39 Mark, und zwar: im eigenen Geschäft 7 582 459,39 Mk., im Lieferantengeschäft 2 134 653 Mk. Der Gesamtumsatz be- trug 728 834,68 Mk. An Rückvergütungen kamen zur Aus- zahlung: ein Verein 11 Proz., zwei 10 Proz., sieben 9 Prozent, ein 8 1/2 Proz., neun 8 Proz., fünf 7 Proz., sieben 6 Proz., drei 5 Proz., sieben 4 Proz., zwei 3 Proz., ein 2 Proz. Trotz der wirtschaftlichen Krise hat der Verband Fortschritte gemacht. Das Organ des Verbandes „Der Konsumverein“ erscheint heute bereits in einer Auf- lage von 16 000 Exemplaren. — In der sich an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion wurde rückhallos anerkannt, daß Vertreter der bürgerlichen Parteien und vor allem die Arbeiterabgeordneten es waren, die im verflo ssenen Jahre die Gesellschaftsteuer zu Fall brachten und damit den Konsumgenossenschaften einen Dienst er- wiesen. Die gegnerischen Maßnahmen wurden eingehend debattiert, und fand auf Vorschlag des Vorstandes nach- stehende Resolution einstimmige Annahme:

„Der zweite Verbandstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine spricht sich entschieden gegen das in ge- wissigen Kreisen (Mittelstandsvereine, lath. kaufmänni- scher Verband usw.) immer wieder hervortretende Bestreben aus, die maßgebenden Körperschaften, wie Landtag und Reichstag und Regierung gegen die Konsumvereine mobil zu machen. Insbesondere muß es als verwerflich be- zeichnet werden, wenn diese Kreise unter einseitiger Be- rücksichtigung ihrer Interessen dem Mittelstand zum Zwecke der Selbsthilfe den genossenschaftlichen Zusammenschluß empfehlen, während sie andererseits den Arbeitern und Angestellten dieses Recht durch maßlose Besteuerung der Konsumvereine zu kürzen suchen. Als ebenso verwerflich bezeichnet der Verbandstag die von jener Seite angewandte Taktik, zunächst ein geschliches Verbot der Beamten-Kon- sumvereine herbeizuführen, um alsdann den Kampf aufs Ganze besser führen zu können. Die mittleren und unteren Beamtenkategorien bedürfen ebenso des genossenschaftlichen Zusammenschlusses wie die Angestellten und Arbeiter in Privatbetrieben, da die Einkommensverhältnisse in vielen Fällen die gleichen sind. Der Verbandstag erwartet von Regierung, dem Reichstag und Landtag, daß sie sich in ihrem Verhalten gegenüber den Konsumvereinen trotz der maßlosen Hebe nur nach Maßgabe der Gerechtigkeit leiten lassen.“

Der von Herrn Verbandssekretär Braun erlatierte Re- sultatbericht des Verbandes zeigte bei einer Einnahme von Mk. 8077, und einer Ausgabe von Mk. 5446,20 einen Bestand von Mk. 2631,72.

In der Sonntag-Nachmittags-Sitzung referierte Herr Geschäftsführer Wiffels, Werden (Muhl) über den Ausbau bestehender und die Gründung neuer Vereine. Aus der Entwicklung der Bewegung und ihrer Jugend erklärte es sich, daß derselben heute noch zum größten Teil Arbeit- er angehörten. Wenn die Konsumgenossenschaftsbewegung heute noch so viele Gegner hat, dann erkläre sich das da- durch, daß die tiefere Ursache des Genossenschaftswesens von Vielen noch nicht erfasst werde. Arbeitervereine, Ge- werkschaften und Konsumvereine, die alle die Hebung der unteren Klassen bezweckten, müßten eintätlich zusam- menwirken. Redner befürwortete die Zusammenlegung klei- nerer Genossenschaften an ein und denselben oder benach- barten Orten. Nur der großangelegte organisierte Konsum ermöglichte den Uebergang zur Eigenproduktion. Herr Wiffels warnte entschieden vor leichtsinnigen Neugrün- dungen. — Wenn in der Diskussion auch noch manche Wünsche laut wurden, so wurde doch andererseits betont, daß zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften ein gutes Verhältnis bestehe.

Herr Geschäftsführer Hillekamp, M.-Glabbach, behan- delte an Hand der vom Vorstande vorgelegten Satzungen die Schiedsgerichtsfrage. Die Einrichtung eines Schieds- gerichtes wurde beschlossen und fanden die Satzungen die Genehmigung des Verbandstages.

Der Montag war dem gemeinsamen Einkauf gewid- met. Herr Verbandssekretär Braun behandelte zunächst das Thema: Mittel und Wege zum intensiveren gemein- samen Einkauf. Eingehend wies er auf die durch den gemeinsamen Einkauf zu erzielenden Vorteile hin und bat dringend, den Einrichtungen des Verbandes, Einkaufs- tag und Bezugskommission, mehr Beachtung zu schenken. Im Anschluß an das Referat wurde dann der gemeinsame Einkauf getätigt, wozu die Lieferanten ihre Waren aus- gelegt hatten. Damit fand der Verbandstag seinen Ab- schluß, der gezeigt hat, daß der Verband westdeutscher Konsumvereine infolge seiner neutralen Stellung in erster Linie dazu berufen ist, den echt deutschen, genossenschaft- lichen Selbst Westdeutschlands zu heben und zu stärken. Mögen alle die Konsumvereine, die ihrer ganzen Natur nach zu diesem Verbands gehören, bald den Anschluß an denselben suchen. Das Sekretariat des Verbandes in Mülheim (Rhein) ist stets gern zu näherer Auskunft bereit.

Der Einfluß des Staates auf die Belebung des Wirtschaftsmarktes.

Mit dieser Frage befaßte sich die am 21. bis 23. stattgehabte Versammlung der Ortsgruppe München. Nach einem Referat des Kollegen Kaschke und nachfolgender Debatte gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die schon mehrere Jahre anhaltende schlechte Geschäftslage, der lähmende Druck der Unfruchtbarkeit, der noch auf manchen Industrien, besonders auf der Metall- industrie, lastet, lassen eine vertrauensvollere Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage noch nicht aufkommen. Vor allem wird ein kräftiger Anstoß zur Belebung des Marktes von seiten des Staates vermifit. Es kann nicht Aufgabe der staatlichen Verwaltungen sein, ihre umfang- reichen Leistungen erst dann in Auftrag zu geben, wenn die eintretende Konjunktur das Vorhandensein ausreichender Verkehrsmittel usw. bereits bringend er- fordert. Würden die staatlichen Verwaltungen ihre haupt- sächlichsten Aufträge in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges vergeben, so würden sie nicht nur

wesentlich billiger einkaufen, sondern auch dem Wirtschaftsleben einen Halt bieten und noch dazu für die nächste Aufwärtsströmung gerüstet sein. Die Verammlung spricht daher die Erwartung aus, daß die staatlichen Verwaltungen im Interesse einer gesunden staatlichen Geldpolitik, im Interesse einer tatkräftigen Unterstützung des Marktes und endlich im Interesse einer ausreichenden Gekstellung von Verkehrsmitteln usw. zu Zeiten wirtschaft- lichen Aufschwunges, dem Markt durch größere Beschäftigen in den jetzigen unglücklichen Zeiten eine Stütze bieten und dadurch verhindern, daß ein großer Teil der Arbeiter durch langanhaltende Arbeitslosigkeit schwer geschädigt wird.“

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1908.

Nach der letzten Zusammenstellung bestanden Ende ver- gangenen Jahres in Deutschland 469 Gewerbegerichte, dar- unter 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte, so- wie 422 Innungsschiedsgerichte. Von den 469 Gewerbe- gerichten kamen 255 auf Preußen, 59 auf Bayern, 44 auf Sachsen und 24 auf Württemberg. Vor den Ge- werbegerichten wurden im Vorjahre 108 281 Klagen ein- gebracht, davon waren 5672 Klagen, die von Arbeitgebern gegen Arbeiter eingeleitet worden waren. Die Zahl der vor den Gewerbegerichten geführten Pro- zesse hängt eng zusammen mit der industriellen Ent- wicklung der einzelnen Bezirke, Provinzen und Bundes- staaten. So kamen z. B. im vergangenen Jahre auf den industriearmen preussischen Regierungsbezirk Allenstein nur 80 Gewerbegerichtsklagen, auf den Bezirk Straßund kamen 99 Gewerbegerichtsklagen, dagegen 3339 auf Wies- baden, 4877 auf Düsseldorf, 5897 auf Arnberg, 6048 auf Potsdam und 14 868 auf Berlin. Von den Bundes- staaten hatte Sachsen die meisten Gewerbegerichtsklagen, nämlich 13 198, weiter wurden Gewerbegerichtsklagen ge- zählt 6980 in Bayern, 2534 in Württemberg, 3375 in Baden, 4620 in Hamburg.

Als Entzugssamt wurden die Gewerbegerichte ange- rufen 181 mal von beiden Parteien, 6 mal von Arbeit- gebern und 134 mal von Arbeitnehmern. Dabei wurde 161 mal eine Vereinbarung abgeschlossen, 35 mal wurde ein Schiedsgericht gefaßt und 76 mal waren die Ver- handlungen erfolglos. Die 35 gefällten Schiedsprüche wurden 26 mal von beiden Teilen angenommen, in 6 Fällen stimmten nur die Arbeitgeber zu und in 3 Fällen nur die Arbeiter. Durch Vergleich sind 47 095 Klagen vor den Gewerbegerichten beendet worden. Der Wert be- trug bei 48 584 Klagen bis zu 20 Mark, bei 34 616 Klagen mehr als 20 bis 50 Mark und bei 8574 Klagen mehr als 50 bis 100 Mark und bei 8574 Klagen mehr als 100 Mark. In 587 Fällen ist gegen Urteile der Ge- werbegerichte Berufung eingelegt worden.

Kaufmannsgerichte bestanden im ganzen Reich 262, davon waren 221 den Gewerbegerichten angegliedert. Auf Preußen allein kamen 144 Kaufmannsgerichte, weiter 26 auf Bayern, 17 auf Sachsen, 9 auf Württemberg und 7 auf Baden. Insgesamt sind im Vorjahre 21 116 Klagen eingereicht worden, darunter waren 1413 Klagen, die von Prinzipalen ausgingen. Wie bei den Gewerbege- richten wurden auch bei den Kaufmannsgerichten in ein- zelnen Bezirken sehr wenig Klagen gezählt. Auf den Regierungsbezirk Allenstein kamen nur 16 Klagen, auf Straßund 18 Klagen, auf die Bezirke Aurich, Osnabrück, Stade und Hildesheim je 32—36 Klagen, auf die Bezirke Rastatt, Koblenz und Stromberg 46, 53 und 53 Klagen, dagegen kamen auf den Bezirk Potsdam 1318, auf den Bezirk Düsseldorf 1533 und auf Berlin 5221 Kaufmanns- gerichtsklagen.

In den Bundesstaaten wurden Kaufmannsgerichtskla- gen gezählt: 5 in Sachsen-Meiningen, 9 in Altenburg, 35 in Oldenburg und 44 in Mecklenburg-Schwerin, da- gegen kamen auf das Königreich Sachsen 2578 Kaufmanns- gerichtsklagen. Durch Vergleich vor den Kaufmannsge- richten sind 9376 Klagen erledigt worden. Der Wert bei den Prozessen vor den Kaufmannsgerichten war in 1543 Fällen bis zu 20 Mark, in 2557 Fällen von 20—50 Mark, in 4206 Fällen von 50—100 Mark, in 7756 Fällen von 100—300 Mark und in 4275 Fällen über 300 Mark. Als Entzugssamt wurden die Kaufmannsgerichte nur 2 mal angerufen. Neben der Rechtsprechung haben sich die Gewerbegerichte noch beschäftigt mit 93 Gutachten und 48 Anträgen, die Kaufmannsgerichte mit 49 Gut- achten und 83 Anträgen.

Tatsachen über den Alkohol!

Gegen den Volksfeind „Alkohol“ stellte vor län- gerer Zeit die Agentur Bern des Blauen Kreuzes in einer Schrift eine Anzahl Tatsachen auf, die wir hier- mit unseren Lesern wiedergeben. Es heißt da wie folgt: 1. Es ist Tatsache, daß in Deutschland alljährlich 677 470 000 Liter Branntwein getrunken werden, das sind 6 774 000 Hektoliterfässer, zu deren Fortschaffung etwa 112 845 Doppelwaggon nötig wären. Auf den Kopf der Bevölkerung — also auf Männer und Frauen, Säuglinge und Jungfrauen, Greise und Säuglinge — würden bei ganz gleichmäßiger Verteilung dieses Brannt- weins 13 1/2 Liter kommen. 2. Es ist Tatsache, daß in Deutschland alljährlich 5 565 600 000 Liter Bier getrunken werden, das sind 55 656 000 Hektoliterfässer, zu deren Transport etwa 909 277 Doppelwaggon vor- handen sein müßten. Auf den Kopf der Bevölkerung macht das 107 1/2 Liter, das ist mehr als ein Hekto- liter. 3. Es ist Tatsache, daß in Deutschland im Jahre 322 000 000 Liter Wein getrunken werden, das sind 3 220 000 Hektoliterfässer, deren Fortschaffung 53 666 Doppelwaggon erfordern. Auf den Kopf der Bevölle- rung ergibt sich 5 1/2 Liter. 4. Es ist Tatsache, daß Deutschland diesen Alkoholses alljährlich mit 3 Mill- arden Mark bezahlt, eine Zahl, die sich außerordentlich

leicht spricht, von der wir uns aber keine rechte Vorstellung machen. Eine Ahnung steigt uns auf, wenn wir bedenken, daß 3 Milliarden Mark gleich 150 Millionen Zwanzigmarkstücke sind. Ein Stück dieser Münze wiegt 8 Gramm, also wiegen 150 Millionen Stücke 1 200 000 000 000 Gramm, das sind 24 000 Zentner. Zur Fortschaffung des Goldberges würden etwa 120 Doppelwaggons nötig sein. Deutschland hat rund 55 Millionen Einwohner; wäreln die 3 Milliarden, die dem Moloeh Alkohol alljährlich geopfert werden, ganz gleichmäßig verteilt, so entfielen auf jeden Deutschen, ob reich oder arm, jung oder alt, Mann oder Weib, 54 1/2 Mark, das bedeutet für eine Familie mit 6 Kindern jährlich 436 Mark! Das sind für einen Tag 1,19 Mark.

5. Es ist Tatsache, daß alljährlich in Deutschland 1600 Sklaven der Trunksucht in Selbstmord endigen, das entspricht der Einwohnerzahl eines größeren ländlichen Kirchspiels. 6. Es ist Tatsache, daß alljährlich in Deutschland 30000 Menschen als Säuer in die Nacht des Wahnsinns versinken, das sind etwa soviel, als eine mittlere Provinzstadt, z. B. Hamm i. W., Einwohner zählt. 7. Es ist Tatsache, daß alljährlich in Deutschland 150 000 Trinker als Übertreter der Geseze und Verbrecher dem Arm des Strafrichters verfallen, das sind mehr Menschen als in Barmen wohnen. 8. Es ist Tatsache, daß in 10 Jahren (1877—1886) allein in den Krankenhäusern Preußens 14 186 Personen am Säuerwahnsinn gestorben sind, also noch mehr als eine Kreisstadt, wie z. B. Soest i. W. Einwohner zählt. 9. Es ist Tatsache, daß der vierte Teil aller Geisteskranken ihr Elend der Trunksucht verdanken. 10. Es ist Tatsache, daß unter den jetzt lebenden deutschen Männern zirka 1 1/4 Millionen sich durch gewohnheitsmäßiges Trinken zugrunde richten und töten, das entspricht fast der Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins. 11. Es ist Tatsache, daß wir zurzeit in Deutschland zirka 300 000 notorische Trunkenbolde haben. Wenn diese alle auf einem Flecke wohnten, würde eine Stadt entstehen, so groß wie Barmen-Eberfeld.

Die angeführten Tatsachen reden eine deutliche Sprache. Man kann wirklich jedem sein Glas Bier und sein Schnäpschen gönnen und muß doch der Ansicht sein: Für viele Familien ist der Alkohol ein Unglück. Es ist dringend zu wünschen, daß alle Kräfte beim Alkoholgenuß sich in den geordneten Grenzen halten. Gegenwärtig muß ganz besonders angefahts der wüthenden Prese für Alkohol die Parole von den Arbeitern befolgt werden: „Meidet den Schnaps vollständig und schränkt den Genuß von Bier möglichst ein! Auch das Interesse unserer Bewegung verlangt eine Einschränkung des übermäßigen Alkoholgenusses. Wer einmal am Sufz ist, der ist in der Regel für unsere Bewegung und für opferfreudige Mitarbeit in ihr nicht zu haben.“

Bevölkerungsbewegung und Todesursachen in den Wohnplätzen mit mehr als 15 000 Einwohnern.

Wohnplätze mit mehr als 15 000 Einwohnern gab es im Jahre 1906 328: 328 mit 20 884 458 Einwohnern, im Jahre 1896 265 mit 14 464 100 Einwohnern. Die Zahl der Geburten betrug 1906 647 541 oder 31 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner, gegen 34,4 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner im Jahre 1896. Es starben im Jahre 1906 insgesamt 364 764 = 17,5 Prom. (b. h. pro Tausend), davon im ersten Lebensjahr 120 569 = 5,8 Prom.; es starben im Jahre 1896 insgesamt 289 073 = 20 Prom., davon im ersten Lebensjahr 102 802 = 7,1 Prom. Während die Todesfälle an Masern, Mälein und Scharlach, Kindbettfieber, Berunglückung, Selbstmord und Totschlag auf 1000 Menschen berechnet — im Jahrzehnt 1896 bis 1906 nur ganz geringen Schwankungen unterlagen, sind die Verhältniszahlen für Tuberkulose von 2,34 im Jahre 1896 auf 2,03 im Jahre 1906 zurückgegangen, die Zahl an Todesfälle an Diphtherie und Krupp von 0,34 (6237 Todesfälle im Jahre 1906 auf 0,23 (4773 Todesfälle) im Jahre 1906.

(„Der Versicherungsbote“)

Opfer der Arbeit.

Nachen. Am 22. August erlitt auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ ein Arbeiter aus Brand einen tödlichen Unfall. Beim Auswechseln eines Dampfessels geriet er unter den schweren Kessel und war auf der Stelle tot. — Vor mehreren Wochen verunglückte auf demselben Werk ein Arbeiter, indem er unter einen rollenden Wagen kam und buchstäblich durchschnitten wurde. Der Verunglückte hinterließ eine Frau und sechs Kinder.

Briefkasten.

Kollege B. in G. Der Schluß des Konferenzberichtes aus dem Hara ist zu spät eingetroffen und kann erst in der nächsten Nummer erscheinen. — Kollege

H. in M. Einfindung wird Verwendung finden. Warum nun immer keine Adresse angeben? Alle Einsender sollten doch zu ihrer Unterschrift auch ihre volle Adresse mit angeben. — Mehrere Artikel resp. Berichte mußten wegen Stoffmangel zurückgestellt werden.

Literarisches.

Der Arbeiterschutz in der gesundheits-schädlichen und schweren Industrie

nebst statistischen Erhebungen über Lohn, Arbeitszeit und hygienische Verhältnisse in den Hüttenwerken von Franz Wieber, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Unter diesem Titel ist im Verlage unseres Verbandes ein Buch erschienen, das für die Bestrebungen nach einem wirksameren Arbeiterschutz in der Hütten-, Stahl- und Walzwerkindustrie wertvolle Dienste leisten wird. Im ersten Teil der 248 Seiten umfassenden Broschüre (Seite 3 bis 80) ist die Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes auf dem Gebiete des Hüttenarbeiterschutzes in zeitlicher Reihenfolge zusammengestellt, während der zweite (Haupt-) Teil des Buches (Seite 191 bis 241) die von unserm Verband durchgeführten statistischen Erhebungen über die Lage der Hütten- und Walzwerkarbeiter nebst den notwendigen Erläuterungen enthält. Seite 80 bis 89 sind Vorschläge des Herrn Regierungs- und Gewerberats Oppermann (Arnsberg) betreffs Regelung der 24stündigen Wechfelschicht wiedergegeben, die aber, wie der Verfasser Kollege Wieber anschließend mit Recht betont, als eine befriedigende Lösung dieser brennenden Frage nicht betrachtet werden können. Hier hilft nur eine Dreiteilung der Schicht mit je achtstündiger Arbeitsdauer. Der wichtige Inhalt des vorliegenden Werkes geht am besten hervor aus folgender

Inhaltsübersicht:

Begleitwort. — Einleitung. Die erste Stellungnahme des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Feuer- und Hüttenarbeiter. Die erste parlamentarische Aktion. Die Hüttenarbeiterkonferenz in Duisburg. Stellungnahme des zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Berlin. Referat über den Arbeiterschutz in der schweren Industrie. — Allgemeines. — Die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie. — Die Kartellierung der schweren Industrie. — Die Rentabilität der schweren Industrie. — Die Lohnverhältnisse. — Die Arbeitsverhältnisse. — Auf den Hochofen. — Den Heilmer, Thomas, warrin- und Walzwerken. — Ueberstunden und Sonntagsarbeit. — Unfälle und Krankheiten. — Krankheitsfälle. — Hygienische Einrichtungen. — Wohlfahrts-einrichtungen. — Arbeiterwohnungen. — Pensions-, Witwen- und Waisenklassen. — Koalitionsfreiheit der Arbeiter in der schweren Industrie. — Sperrmaßregeln. — Schlussbemerkungen. Petition an den Deutschen Reichstag. Der erste Schritt der Forderung betreffs Arbeiterschutzes in den Hüttenwerken. Weitere Stellungnahme des christl. Metallarbeiterverbandes hierzu. Bundesratsverordnung vom 17. November 1908. Ausführungsbestimmungen des Handelsminister zur Verwaltungsbehörden. Weitere Stellungnahme des Reichstages zu der Bundesratsverordnung. Weitere Stellungnahme des christl. Metallarbeiterverbandes zur Pensionsklassenfrage. Petition an den Deutschen Reichstag Die Regelung der Wechfelschichten in Fabriken und Hüttenwerken mit ununterbrochenem Betriebe. Von W. Oppermann, Regierungs- und Gewerberat in Arnsberg. Statistische Erhebungen über die Lage der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken. Verwendete Fragebogen. Die Arbeitszeit. — Schichtart: Doppelschichten. — Sonntagsarbeit. — Ueberstunden. — Monatliche Schichtzahl. — Schichtdauer. — Pausen. Lohnverhältnisse. — Akkord. — Schichtlohn. — Berechnungsweise des Akkords. — Abzüge. — Wohnungs- und Abschlagsperioden. — Lohnrückstände. Reinlichkeits- und gesundheitsliche Einrichtungen. — Trink-gelagenheit. — Speise- u. Aushilfsräume. — Schränke. — Wasch- und Babeinrichtungen. Krankheits- und Unfallursachen. — Ventilationsverhältnisse in den Arbeitsräumen. — Einwirkungen von Rauch und giftigen Gasen. — Unfallgefahren und ihre Ursachen. — Abhilfevorschläge. Behandlung der Arbeiter. — Bestrafungen. — Nichtbeachtung der Vorschriften und Wünsche. — Sperrmaßregeln. — Organisationshindernisse. Wohlfahrts-einrichtungen. — Krankenklassen. — Pensions- und Unterstühtungsstellen. — Arbeiterwohnungen. Allgemeiner Rückblick. — Zur Arbeitszeit. — Wohnungsmethoden. — Sonstige Beschwerden und Wünsche. „Hoffen wir, daß es besser wird! Mit diesem Wunsche eines Arbeiters schließt der Verfasser die Statistik über die Lage der Hütten- und Walzwerkarbeiter. Die einen oder anderen von den geschilderten Mifständen, so heißt es dann weiter, mögen vielleicht im Laufe der ver-laffenen Monate abgestellt worden sein; neue sind vielleicht hinzugekommen: im großen und ganzen bleibt also das Bild dasselbe. Und wer die einzelnen Kapitel aufmerksam studiert hat, wird mit uns überzeugt sein, daß die Arbeiter in der schweren und gesundheits-schädlichen Industrie dringend eines weitgehenden gesetzlichen Schutzes bedürfen. Damit dieses Ziel erreicht wird, damit es besser wird, ist eine geschlossene Gewerkschaft der Metallarbeiter, die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes die erste Notwendigkeit, denn ohne die gewerkschaftliche Organisation ist eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse unmöglich. Möge diese Erkenntnis als die Frucht unserer Arbeit in immer weitere Kreise der Hütten- und Walzwerkarbeiter eindringen. Dann ist ihr Zweck erreicht!“

Sterbetafel.

Bad.-Rheinfelden. Am 13. August starb unser Kollege Adam Groll, erschossen durch selbe Mörderhand. Galkau. Unser Kollege Albert Kern starb am 16. August infolge Lungenschwindsucht im Alter von 55 Jahren. Hamm i. Westf. Am 25. August starb unser Kollege August Bruse im jugendlichen Alter von 23 Jahren an einem Herz- und Nierenleiden. Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Nachen I. Sonntag, den 12. September, morgens 11 Uhr, Monatsversammlung bei Kettenis, Eifshornsteinstraße. Nachen-Gschweiler. Sonntag, den 12. September, morg. 11 Uhr, bei Peen Summer, Rötjenstraße Monatsversammlung. Referent: Kollege Valdes, Nachen. Bochum II. Sonntag, den 12. September, vorm. 11 Uhr, Versammlung im Salamander. Bremen. Samstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag. Referent: Arbeitersekretär Kollege Hartwig. Chemnitz. Am 26., 28. und 27. September finden im Vereinslokal „Restaurant Germania“, Mittelstraße, Verbandsversammlungen statt. Dortmund-Sombrach. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Schnitter. Dortmund-Sörde. Mittwoch, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Stühzel. Duisburg I. Freitag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Küppers, Manheimerstraße 61 Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Bidding, Gelsenkirchen und Paderb., Essen. Groß-Duisburg. Sonntag, den 12. September, nachmittags 6 Uhr Jahresfest des christlichen Gewerkschaftsartells im großen Saale des Arbeiterheims, Seitenstraße 19. Verwaltung Duisburg II. Sonntag, den 26. Septemb. findet im christlichen Gewerkschaftshaus, nachmittags 4 Uhr, eine General-Versammlung statt. Die auf diesen Tag fallenden Sektionsversammlungen fallen aus. Eisenach. Samstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Stenda. Essen-Kuttrop. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Statrop, Steelerstr. Essen-Werden. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Rimmestamp, Ruhrstraße. Essen (Kleingewerbe, Schlosser, Klempner, Schmiede). Samstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße. Essen-Kray. Samstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Freitag, Grenstraße. Essen-Stadt. Sonntag, den 19. September, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Referent Kollege Leuwte. Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 19. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Rotgen, Frohnhauserstraße. Essen-Mittelscheid. Sonntag, den 19. September, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wallney, Mittelscheiderstraße. Essen-Alteneffen. Sonntag, den 19. September, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Körner, Segerothstraße. Referent Kollege Leuwte. Guben. Sonntag, den 12. September, morgens 10 1/2 Uhr, Versammlung bei Schwemmer, Keulstraße. Gelsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 11. September, abends 8 Uhr, Versammlung bei Wastus. Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Wegener. Gagen. Sonntag, den 19. September, nachmittags 5 Uhr Versammlung der Ortsverwaltung bei Herrn Schürmann in Poole Die Mitglieder aller Sektionen müssen erscheinen. Frauen mitbringen. Hamborn-Bruchhausen. Marglath. Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, gemeinsame Versammlung m. Vortrag bei Janichulte. Hattlingen. Samstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Hammer. Wilhelm-Ruhr. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, im christlichen Gewerkschaftshaus bei Luder, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Franzen. — Freitag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, Frauenmänner-Versammlung bei Luder. Witsburg. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr bei Gahwirt Schrader Mitglieder-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Referent: Kollege Buchner-Goslar. Ravensburg-Weingarten. Samstag, den 11. September, abends 1/2 9 Uhr, Versammlung in Weingarten. Lokal: „Goldenes Kreuz.“ Solingen. Samstag, den 11. September, abends 9 Uhr Versammlung mit Vortrag im Lokale Borghoff. — Sämtliche Meldungen haben beim Vorsitzenden Paul Neuffer, Gartenstraße 8 zu erfolgen. Dort werden auch die Unterstühtungen ausbezahlt in der Zeit von 12—1 Uhr mittags und von 7—8 Uhr abends. Sulzbach. Sonntag, den 12. September, vormittags 10 Uhr Versammlung in Ruzbach bei Schall. Schuffenried. Kaiserer ist bis auf weiteres Kollege Joh. Behr jr. Unterstühtungen werden von ihm ausbezahlt an Wochen-tagen von 12—1 Uhr mittags und abends von 8 1/2 Uhr an Sonntagen von 11—12 Uhr. — Samstag abends 1/2 8 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Ristler und nachher Versammlung in der „Hallestraße.“ Wasseralfingen-Fachsenfeld. Sonntag, den 19. September, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung in Fachsenfeld im „Ochsen“. Nachmittags 1/2 4 Uhr in Wasseralfingen bei Kollege Raci Ventel „zum Rößle“. Referent Kollege Kollosch-Gmünd.